

ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | Nr. 202 | März. 2026

Entwurf

Wasser

ödp

Titelthema: Wasser

- 4 **Kurzmeldungen**
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler
- 6 **Grundwassernutzung**
„Wasser ist Allgemeingut“
von Uwe Ritzer
- 10 **Situation in Augsburg**
„Daseinsvorsorge steht über Kommerzinteressen“
Interview mit Christian Pettinger
- 12 **Situation in Brandenburg**
Wasserschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe
von Thomas Löb
- 16 **PFAS und TFA**
Wasserwerke schlagen Alarm
von Thomas Löb
- 18 **Überschwemmungsschutz**
Bürgerentscheid als wirksames Instrument
von Simone Lettenmayer
- 20 **Naturschutz**
Niederbayerische Donau bleibt ein strömender Fluss
von Bernhard Suttner

ÖDP – Neues aus der Partei

- 24 **Bundesvorstand**
Das Wasser braucht unsere Aufmerksamkeit!
von Günther Brendle-Behnisch
- 26 **Bundesverband**
- 28 **EU-Abgeordnete Manuela Ripa**
„Wir brauchen auf EU-Ebene ein klares,
verbindliches Handeln zum Schutz des Wassers!“
- 30 **JÖ – jung. ökologisch**
- 31 **Landesverbände**
- 40 **BAK Arten- und Naturschutz**
- 41 **BAK Christen in der ÖDP**
- 42 **BAK Wirtschaft und Finanzen**
- 42 **BAK Familie und Soziales**
- 44 **ÖDP aktiv!**
- 47 **Termine**



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

Günther
Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur





Entwurf

Grundwassernutzung

„Wasser ist Allgemeingut“

Der Wasserverbrauch steigt, die Grundwasserspiegel sinken. Der Klimawandel wird dieses Problem verschärfen. Im öffentlichen Bewusstsein ist es aber bislang noch kaum präsent. Ein bekannter Wirtschafts- und Investigativjournalist möchte dies ändern und hat sich tief in die Materie eingearbeitet.

Interview mit Uwe Ritzer

ÖkologiePolitik: Herr Ritzer, Sie arbeiten seit über 20 Jahren als Wirtschafts- und Investigativjournalist. Woher kommt ihr Interesse am Thema „Wasser“?

Uwe Ritzer: Es entstand zufällig. Wie für zig Millionen andere Menschen in Deutschland und Mitteleuropa war Wasser für mich jahrzehntelang eine alltägliche Selbstverständlichkeit. Nichts, worüber ich mir Gedanken machte. Es war ja stets im Überfluss verfügbar. Dann steckte mir 2019 ein Informant, dass einer der größten Mineralwasserkonzerne, die Firma Altmühltaler im bayerischen Treuchtlingen, seine Entnahmen von reinstem, 10.000 Jahre altem Tiefengrundwasser mehr als verdoppeln wolle

„Fast drei Viertel des Frischwasserverbrauchs in Deutschland gehen auf das Konto der Wirtschaft.“

und das entsprechende Genehmigungsverfahren bewusst hinter dem Rücken der Öffentlichkeit durchgezogen werde. Niemand sollte davon erfahren. Das habe ich 2019 in der „Süddeutschen Zeitung“ aufgedeckt. Danach war die Aufregung groß, vor allem aber erreichten mich von Kolleginnen und Kollegen, aber auch aus der Leserschaft vie-

Uwe Ritzer
 Jahrgang 1965, absolvierte ein Volontariat bei den „Nürnberger Nachrichten“ und arbeitete anschließend für verschiedene Regionalzeitungen und Rundfunksender. Seit 1998 ist er für die „Süddeutsche Zeitung“ tätig, seit 2005 als Wirtschafts- und Investigativjournalist. Für seine Artikel wurde er mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.
 eMail oder Internetseite



Foto: Rainer Lenz

le Fragen: Wem gehört eigentlich Wasser? Wer darf wie viel davon entnehmen und wer entscheidet darüber? Haben wir eigentlich genug Vorräte? Damit war mein Interesse geweckt, seitdem beschäftige ich mich intensiv mit Wasser.

Ihr 2023 erschienenes Buch heißt „Zwischen Dürre und Flut“. Wie hängen die beiden Phänomene zusammen?

Grob zusammengefasst: Der Klimawandel sorgt sowohl für längere Hitze- und Trockenperioden als auch für mehr Starkregen und Überschwemmungen. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen.

Wie hängt damit unsere Trinkwasserversorgung zusammen?

In Hitze- und Dürreperioden steigt logischerweise der Wasserbedarf in Privathaushalten, der Landwirtschaft, aber auch

in anderen Lebens- und Wirtschaftsbereichen. Gleichzeitig kommt von oben kein oder kaum Regen. Folglich schwindet unser Grundwasser, aus dem etwa zwei Drittel des Trinkwassers in Deutschland gewonnen werden. Aber auch Flüsse, Bäche oder Seen führen weniger Wasser, weil auch viel verdunstet. Umgekehrt liefern Starkregen und Extremwetter viel Wasser, das der Boden aber allein der gewaltigen Mengen wegen nicht so schnell verarbeiten und versickern lassen kann. Also fließen enorme Mengen oberflächlich ab und füllen die Grundwasservorräte nicht nach. Dieses Wasser ist für die Trinkwassergewinnung verloren. Gleichzeitig wächst in Deutschland aber der Wasserverbrauch. Zumal viele neue Großverbraucher nachkommen, denken Sie an Rechenzentren oder Chipfabriken. Die Trinkwasservorräte schrumpfen also, während der Verbrauch steigt.

Wer verbraucht am meisten Wasser: Industrie, Landwirtschaft oder private Haushalte? Und wer kann am ehesten sparen?

Wenn es knapp wird, appellieren die Behörden regelmäßig an die Privathaushalte, mit Wasser sparsamer umzugehen. Das ist richtig, greift aber viel zu kurz. Fast drei Viertel des Frischwasserverbrauchs



Lange Trockenperioden lassen kleine Bäche und Tümpel austrocknen – und den Grundwasserspiegel sinken.

Vortrag von Uwe Ritzer
Der Ausverkauf – Wasser, Boden, Rohstoffe
 Katholische Akademie Freiburg, 12.11.2025
www.t1p.de/9zv8d

Interview mit Uwe Ritzer
Profit durch Allgemeingut: So werden Wasser, Boden und Rohstoffe genutzt
 SWR 1, 06.05.2025
www.t1p.de/1bqpw

in Deutschland gehen auf das Konto von Wirtschaft im weitesten Sinne: von Industrie, Energieversorgern, Nahrungsmittel- und Getränkeherstellern, Landwirtschaft. Die Haushalte verbrauchen anteilig deut-

„Es findet ein Ausverkauf zugunsten einiger weniger statt, von dem die Allgemeinheit nichts hat.“

lich weniger. Und sie sparen schon lange. Der private Pro-Kopf-Wasserverbrauch in Deutschland geht seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Folglich gilt: Wer Wasser im großen Maßstab sparen und den Verbrauch eindämmen will, muss bei den großen Schluckern ansetzen. Und nicht immer nur an den Einzelnen appellieren, damit der seine Pflänzchen im Garten nicht mehr gießt oder keinen Pool aufstellt.

Ihr 2025 erschienenes Buch heißt „Der Ausverkauf“. Wie funktioniert der beim Wasser?

Wasser ist ein Allgemeingut, es gehört uns allen. Und oberstes Ziel muss es sein, stets genug zu haben für persönliche, aber auch wirtschaftliche Belange. Es ist ein Unding, dass Unternehmen vom Konzern bis zum Landwirt für das Wasser, das sie aus eigenen Brunnen und Quellen aus dem Boden holen, nichts oder nur minimale Centbeträge als sogenannten „Wassercent“ für den Kubikmeter bezahlen. Das lädt geradezu dazu ein,

Altmühltal
VITAQUA

Startseite Unternehmen Engagement Karriere Kontakt Impressum Datenschutzerklärung

UNTERNEHMEN

Altmühltal Mineralbrunnen zählt zu den großen Getränkeherstellern in Deutschland. Wir haben uns in den letzten Jahren vollständig auf die Herstellung und Abfüllung von Mineralwasser und Erfrischungsgetränken in PET-Einweg-Flaschen für Discounter und Handelsmarken spezialisiert.

In der Firmengruppe sind derzeit ca. 400 Mitarbeiter (davon 30 Auszubildende) an allen Standorten beschäftigt.

Mehr erfahren...



Unser Mineralwasser ist ein echtes Naturprodukt. Um seine Reinheit und seine Quellfrische zu bewahren, ist eine intakte Umwelt elementare Grundvoraussetzung. Nachhaltigkeit und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur sind daher fest in unserer Unternehmenskultur verankert. Wir tragen Verantwortung und handeln stets in der Überzeugung, ökologische und ökonomische Aspekte in den Einklang zu bringen. Wir verpflichten uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen, verfolgen eine nachhaltige und leistungsfähige Unternehmensführung und setzen hohe Maßstäbe in Bezug auf ethisches Verhalten. Dieses Versprechen geben wir unseren Mitarbeitern, Kunden und Partnern.

Die Machenschaften des Getränkeherstellers „Altmühltal“ brachten Uwe Ritzer auf das Thema „Wasser“.

die Vorräte zu plündern. Es findet ein Ausverkauf zugunsten einiger weniger statt, von dem die Allgemeinheit nichts hat. Das geht nicht mehr lange gut. Nicht das voluminmäßig größte, aber ein gutes Beispiel sind Mineralwasserfirmen. Sie entnehmen bestes Grundwasser, zahlen dafür nichts oder marginal, füllen es in Plastikflaschen ab und verkaufen es mit gewaltigen Gewinnspannen.

Welche Konzerne haben es aufs Wasser abgesehen?

Es griffe ein wenig zu kurz, einzelne Namen zu nennen und auf die mit dem An-

klagefinger zu zeigen. Außer vielleicht auf den LEAG-Konzern, der in Ostdeutschland nach Einschätzung von Kritikern in Sachen Wasser nahezu tun und lassen kann, was er will. Es ist aber ein systemisches Thema: Die größten Wasserschluckler sind Energieversorger, Chemie- und die Papierindustrie, aber auch viele andere Branchen, die Wasser zum Kühlen ihrer Anlagen nutzen. Weltweit ist die Landwirtschaft der größte Wasserverbraucher. Experten gehen davon aus, dass sich der Wasserbedarf der Bauern in Deutschland in den kommenden Jahren

verdoppeln wird. Auch hier lässt der Klimawandel grüßen.

Wohin kann diese Entwicklung führen?

Mittelfristig in den Wassernotstand. Um es aber auch klar zu sagen: Niemand muss in Deutschland Angst haben, beim nächsten oder übernächsten Hitzesommer zu verdursten. Aber es ist auch klar: Wenn der Verbrauch steigt, die Vorräte schrumpfen und Grundwasserstände nicht ausreichend nachgefüllt werden, und nichts dagegen unternommen

„Wer sich am Allgemeingut Wasser bedient, muss der Allgemeinheit auch etwas dafür bezahlen.“

wird, steuern wir auf ein Problem zu. Genau das ist momentan der Fall. Das ist nicht nur meine Analyse, darauf gründet die nationale Wasserstrategie, welche die Bundesregierung im März 2023 verabschiedet hat, deren Umsetzung aber nicht in die Gänge kommt.

Was sollte getan werden, um das zu verhindern?

Die 78 Vorschläge der Wasserstrategie müssen endlich umgesetzt werden. Ich rate jedem dazu, sie nachzulesen. Sie reichen von ökologischerer Bodenbewirtschaftung über besseren Gewässerschutz bis hin zu Regen-



Starkregen fließt als Hochwasser schnell ab und trägt kaum etwas zur Regeneration des Grundwassers bei.

Uwe Ritzer
Der Ausverkauf
Wasser, Boden, Rohstoffe:
Wer mit unseren Ressourcen
Profite macht und was
wir dagegen tun können
Penguin, Mai 2025
288 Seiten, 23.00 Euro
978-3-328-60406-8

Uwe Ritzer
Zwischen Dürre und Flut
Deutschland vor dem
Wassernotstand:
Was jetzt passieren muss
Penguin, April 2023
304 Seiten, 20.00 Euro



wassermanagement. Darüber hinaus muss die Politik aber endlich anfangen, Großschluckler an die Kandare zu nehmen, damit die ihren Verbrauch senken. Eine spürbare Erhöhung des Wassercent's wäre dabei ein

„Wer Wasser im großen Maßstab sparen will, muss bei den großen Schluckern ansetzen.“

probates Steuerungsinstrument. Solange ein Konzern für einen Kubikmeter Wasser nur ein paar Cent bezahlt, besteht für ihn keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, über Wassersparen auch nur nachzudenken, geschweige denn in entsprechende Technik oder auch in Rückhaltesysteme zu investieren. Diese Anreize muss man aber schaffen und meinetwegen aus den Einnahmen des Wassercent's die Firmen auch subventionieren, wenn sie entsprechend investieren. Ganz abgesehen davon vertrete ich grundsätzlich die Ansicht: Wer sich am Allgemeingut Wasser bedient, muss der Allgemeinheit auch etwas dafür bezahlen.

Herr Ritzer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Situation in Augsburg

„Daseinsvorsorge steht über Kommerzinteressen“

Wasser spielt in Augsburg seit jeher eine zentrale Rolle. Sein Wassermanagement wurde 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt, sein Trinkwasser zählt zu den besten in Deutschland. Aber ist die Grundwassernutzung auch nachhaltig? Das wollte ein Stadtrat wissen und stellte eine Anfrage ans Umweltreferat.

Interview mit Christian Pettinger

ÖkologiePolitik: Herr Pettinger, Sie stellten 2025 eine umfangreiche Anfrage zur Grundwasserversorgung ans Augsburger Umweltreferat. Warum?

Christian Pettinger: Damals lief gerade die Diskussion über die Einführung eines sogenannten „Wasser-Cents“ in Bayern. Dürre-Jahre – vor allem in Franken – hatten gezeigt, dass mit dem Klimawandel das Wasser knapp werden kann. Die Staatsregierung reagierte mit der Idee einer Grundwasserentnahmeabgabe. Richtig gemacht, hätte diese zum Wassersparen anregen können. Doch leider hat sich die Staatsregierung von Lobbyisten weichklopfen lassen und riesige Freikontingente für Vielverbraucher wie Getränkeindustrie und Landwirtschaft eingeführt. Und die müssen nicht einmal die entnommenen Wassermengen per Zähler nachweisen. Ich wollte deshalb wissen, wie viel Grundwasser in Augsburg von wem entnommen wird und ob sich diese Entnahmemenge regeneriert.

Wie war die Antwort?

Leider sehr allgemein. Das Umweltreferat verwies darauf, dass sich die Grundwasserspiegel im Stadtgebiet seit Jahrzehnten nicht verschlechtert hätten und der Wasserverbrauch pro Kopf zurückgegangen sei. Auch

der Wasserverbrauch aus Textil- und Maschinenbauindustrie, die in früheren Jahren sehr viel Wasser aus eigenen Brunnen gefördert hätten, sei stark zurückgegangen. Also sei für Augsburg Entwarnung angesagt. Verwiesen wird auch auf die „Wasserversorgungsbilanz

„Wir müssen aufpassen, dass unser Trinkwasser nicht für andere Zwecke als zur Versorgung der Bevölkerung verkauft wird.“

Schwaben 2025“ der Bezirksregierung. Die bescheinigt, dass „derzeit keine Konflikte bei der Ressourcennutzung zu Bewässerungszwecken mit der öffentlichen Wasserversorgung bekannt“ seien. Allerdings bestünden schon heute konkurrierende Nutzungen von Industrie- und Gewerbebetrieben. Für 2026 kündigt die Bezirksregierung nun eine weitere Wasserversorgungsbilanz an, die Prognosen bis 2050 enthalten soll.

Also alles in Ordnung?

Das werden wir erst mit der angekündigten Wasserversorgungsbilanz bis 2050 erkennen können. Ich hoffe, dann die Zahlen zu erhalten, die man mir auf meine Nachfra-

ge hin bisher noch nicht gegeben hat. Dann lässt sich sehen, ob wir unsere Grundwasserquellen über das Maß der Regenerationsfähigkeit hinaus ausbeuten. In jedem Fall müssen wir höllisch aufpassen: Die Staatsregierung plant eine Wasser-Ringpipeline, in welche die Regionen mit hohem Wasservorrat einspeisen sollen, um die Regionen mit niedrigem Wasservorrat zu unterstützen.

Christian Pettinger

Jahrgang 1963, studierte Elektrotechnik und arbeitete anschließend bei einem Hersteller elektronischer Messgeräte in der Softwareentwicklung. 1996 trat er in die ÖDP ein, war Vorstandsmitglied des Kreisverbands Augsburg-Stadt und Präsidiumsmitglied des Bundesparteitags. Seit 2014 sitzt er im Augsburger Stadtrat.

christian.pettinger@oedp.de



Foto: Behrbohn

Das klingt erst mal nach einer solidarischen Aktion unter Nachbarn, aber erfahrungsgemäß stecken bei der Staatsregierung immer irgendwelche kommerziellen Interessen von Gewerbe und Industrie dahinter.

Welchen Stellenwert hat das Thema „Wasser“ derzeit in Augsburg?

Wasser ist in Augsburg seit jeher ein zentrales Thema: Die Römer gründeten die Stadt am Zusammenfluss von Wertach und Lech. Früh wurde das Wasser durch Kanäle in die Stadt geführt. Früh gab es eine Wasserversorgung. Und durch die Nutzung der Wasserkraft eine wirtschaftliche Blüte. Das Augsburger Wassermanagement wurde 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt. Das Trinkwasser zählt aktuell zu den qualitativ hochwertigsten in Deutschland. Dies zu sichern, muss Ziel der kommunalen Daseinsvorsorge sein. Da die Augsburger schon mal durch ein Bürgerbegehren den Ausverkauf der Grundwassererfassungsflä-



Foto: Christian Pettinger

Der Hochablass ist ein Wehr im Lech zur Wasserableitung ins System der Lechkanäle.

chen verhinderten, sind sie hierfür bereits sensibilisiert.

Wohin sollte deshalb das Interesse der Kommunen zielen?

Die Augsburger Stadtwerke arbeiten im Trinkwasserbereich seit Kurzen auch mit einem Versorgungsunternehmen der südwestlichen Nachbarregion zusammen. Für die Stadtwerke ist Wasser inzwischen ein Erfolgsgeschäft, während die Energie- und Verkehrssparte eher Sorgenkinder sind. Insofern müssen wir aufpassen, dass unser Trinkwasser nicht für andere Zwecke als zur Versorgung der Bevölkerung verkauft wird. Und wir müssen verhindern, dass gewerbliche Nutzer den Trinkwasservorrat durch Entnahme von Grundwasser über eigene Brunnen zu sehr verringern. Dazu braucht es eine Gesetzesinitiative im Deutschen Städtetag, die eine Grundwasserentnahme

„Die Nachhaltigkeit der Wasserentnahme muss sichergestellt sein!“

aus eigenen Brunnen zukünftig nur noch gegen einen überprüfbaren Mengennachweis erlaubt. Die Nachhaltigkeit der Wasserentnahme muss sichergestellt sein! Die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung steht über Kommerzinteressen!

Herr Pettinger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Situation in Brandenburg

Wasserschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

In Brandenburg wird das Wasser knapp – regional und saisonal, obwohl das Bundesland über viele Seen verfügt und lange als wasserreich galt. Und das vorhandene Wasser ist oft mit Schadstoffen belastet. Die Ansiedlung großer Industrieunternehmen wie Tesla verschärft die Situation.

von Thomas Löb

Rund 96 % des Brandenburger Trinkwassers stammt aus Grundwasser. Wenn deren Pegel sinken, hat das Konsequenzen für die Trinkwasserversorgung. Heiße, trockene Sommer lassen den Wasserbedarf von Haushalten, Landwirtschaft sowie Kühl- und Be-

Im Hitzesommer 2023 mussten nahezu alle Brandenburger Landkreise die Wasserentnahmen beschränken.

wässerungsanlagen sprunghaft ansteigen. 2023 sahen sich nahezu alle Brandenburger Landkreise gezwungen, Wasserentnahmen zu beschränken.

Durch die Ansiedlung wasserintensiver Industrien wird der Wasserbedarf weiter wachsen. Und weil das Grundwasser zudem immer mehr durch Schadstoffe belastet ist, wird es für Wasserversorger immer schwieriger und kostenintensiver, qualitativ hochwertiges Trinkwasser bereitzustellen.

Ursachen des Grundwasserstresses

Die Gründe für den zunehmenden Grundwasserstress sind regional unterschiedlich.

Thomas Löb

Jahrgang 1966, studierte Landschaftsarchitektur, erlernte den Beruf des Kongress- und Messeorganisations und ist aktuell in der Kultur- und Bildungsarbeit tätig. In die ÖDP trat er 2019 nach längerer Pause wieder ein, war im Landesverband Brandenburg von 2004 bis Januar 2026 Schatzmeister und ist seit Januar 2026 dessen Vorsitzender.
thomas.loeb@oedp.de



Foto: Gummär Bernskötter

Neben der öffentlichen Wasserversorgung tragen in manchen Landkreisen gewerbliche Entnahmen erheblich zur Belastung bei. Die Klimaerwärmung verstärkt diese Dynamik, denn sie erhöht die Verdunstung. Und Starkregen trägt wenig zur Grundwasserneubildung bei. Zudem erwärmt sich Brandenburg überdurchschnittlich stark.

Die Wasserstände in Seen und Fließgewässern sinken, kleinere Gewässer verschwinden – und mit ihnen wertvolle Ökosysteme. Der sinkende Pegel der Spree ist allerdings auch eine Folge des Braunkohleausstiegs in der Lausitz. Über Jahrzehnte wurde dort Grundwasser abgepumpt und in die Spree eingeleitet. Mit der endgültigen Einstellung des Tagebaus 2038 fällt diese künstliche Wasserzufuhr weg.



Thomas Löb und Mitstreiter protestieren vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder gegen die Gefährdung der Trinkwasserversorgung durch Tesla.

Foto: Thomas Löb

Wassernutzung und Verteilungskonflikte

Wie kann Wasser künftig besser geschützt, gerecht verteilt und dauerhaft gesichert werden? Das Brandenburgische Wassergesetz muss – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – grundlegend reformiert werden. Ein Wasserrecht, das Knappheit ignoriert, gefährdet langfristig die Lebensgrundlagen des Landes. Grundwasser wird nicht nur für die öffentliche Versorgung genutzt, sondern in erheblichem Umfang auch für wirtschaftliche Zwecke.

Die vom BUND beauftragte bundesweite Grundwasserstudie des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) zeigt: In allen Regionen Brandenburgs ist Grundwasser zunehmend knapp. Jahr für Jahr werden mehr als 20 % der neu gebildeten Grundwassermenge entnommen – ein strukturelles Übernutzungsproblem.

Beispiel: Tesla-Werk in Grünheide

Kurz nach Bekanntgabe der ersten Tesla-Baupläne Ende 2019 wurde der lokale Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE)

von der Landesregierung und Bürgermeistern unter Druck gesetzt, einen Versorgungsvertrag abzuschließen: über eine Bereitstellungsmenge von bis zu 1,8 Mio. Kubikmetern Trinkwasser pro Jahr – der Jahresverbrauch einer Kleinstadt. Und das in einer wasserarmen Region. Wobei auch klar war, dass weitere Ausbaustufen und Zulieferbetriebe folgen und die Bevölkerung wachsen würden.

Der wachsende Wasserbedarf übersteigt langfristig das nachhaltig verfügbare Wasserdargebot. Hinzu kommt das Risiko der Wasserverschmutzung. Die Tesla-Fabrik liegt in einem hochsensiblen Trinkwasserschutzgebiet auf sandigem Untergrund

Der wachsende Wasserbedarf übersteigt langfristig das nachhaltig verfügbare Wasserdargebot.

mit kaum geschütztem Grundwasserleiter. Seit ihrer Eröffnung im März 2022 wurden mehr als 26 Unfälle mit Chemikalien und Lacken bekannt. Schadstoffe könnten

ins Grundwasser sickern und die regionale Trinkwasserversorgung gefährden.

Auch die Abwasserentsorgung ist konfliktreich. Nach Messungen des WSE über schritt Tesla wiederholt die vereinbarten Grenzwerte für Abwasserinhaltsstoffe – bei Stickstoff und Phosphor teils um das Sechsfache. Für den WSE ist dies besonders problematisch, da er das Abwasser nicht selbst reinigt, sondern an die Berliner Wasserbetriebe weiterleitet. Bei übermäßiger Verschmutzung drohen Strafzahlungen oder die Ablehnung.

Konsequenzen für das Wasserrecht

Es ist zu befürchten, dass bei Wasserknappheit industrielle Großverbraucher bevorzugt werden und die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Hintergrund treten. Bisher existiert hierfür keine klare rechtliche Regelung – weder in Brandenburg noch bundesweit.

Das deutsche Wasserrecht stammt aus einer Zeit, in der Wasser eine reichlich verfügbare Ressource war. Es dreht sich deshalb vor allem auf Wasserqualität, Hochwasser-

Angesichts der Klimaerwärmung ist eine grundlegende Reform des Wasserrechts dringend erforderlich.

schutz sowie Entnahme- und Ableitungsrechte. Regelungen für Mangelsituationen fehlen. Eine grundlegende Reform ist dringend erforderlich, wobei die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung oberste Priorität haben sollte.

Die heutige Praxis sieht noch anders aus: So dürfen z. B. die österreichischen Getränkehersteller Red Bull und Rauch in Baruth/Mark 92 % der Wasserentnahmemenge nutzen, sodass für die Bevölkerung nur 8 %

Thomas Löb
Wie deutsche Politiker Elon Musk hofierten

ÖkologiePolitik, 08.04.2025
www.t1p.de/avf7k

Thomas Löb
Tesla in Grünheide – ein Skandal!
ÖkologiePolitik, 21.05.2021
www.t1p.de/4t2ly

bleiben. Und für den Braunkohletagebau in Jämschwalde entnahm die Lausitz Energie AG viermal so viel Wasser wie erlaubt.

Wasserversorgungssicherheit ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern eine Aufgabe aktiver Vorsorge. Neben der Klimaerwärmung verschärfen menschliche Eingriffe die Situation erheblich. Intensive Wasserentnahmen, die systematische Entwässerung der Landschaft durch Gräben und Drainagen sowie die zunehmende Versiegelung von Flächen verhindern, dass Niederschläge versickern und die Grundwasserneubildung stabil bleibt.

Die Novellierung des Wassergesetzes muss deshalb konsequent darauf ausgerichtet sein, Wasser länger in der Landschaft zu halten, Verdunstungsverluste zu reduzieren, Versickerung gezielt zu fördern und die Grundwasserstände zu stabilisieren – im Sinne eines echten „Schwamm-Landes Brandenburg“.

Auch der Zustand der oberirdischen Gewässer macht den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Zwar verpflichtet die EU-Wasserrahmenrichtlinie alle Mitgliedsstaaten, ihre Gewässer bis spätestens 2027 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu versetzen, doch Brandenburg wird dieses Ziel klar verfehlen – wenn es nicht jetzt entschlossen gegensteuert.

Erforderlich sind deutlich konsequentere Maßnahmen: mehr Wasserrückhalt in der

Landschaft, der Schutz und die Wiederherstellung wertvoller Lebensräume sowie eine aktive Förderung der Grundwasserneubildung. Entscheidungen über Wassernutzungen müssen auf einer belastbaren Daten-

Die öffentliche Trinkwasserversorgung muss aus Gründen des Gemeinwohls stets Vorrang haben.

grundlage beruhen, denn nur so können Behörden verantwortungsvoll und vorausschauend handeln.

Die öffentliche Trinkwasserversorgung muss stets Vorrang haben – und bezahlbar bleiben. Der Gewässerschutz darf sich nicht auf formale Mindeststandards beschränken, sondern muss den ökologischen und chemischen Zustand verbessern.

Konkrete gesetzliche Konsequenzen

(1) Alle Wassernutzungen, die über den Gemeingebrauch hinausgehen, müssen grundsätzlich erlaubnispflichtig sein. Nur wenn den Behörden bekannt ist, wer wieviel Wasser entnimmt oder einleitet, können sie kumulative Effekte bewerten und nachhaltige Entscheidungen treffen. Dies muss für Industrie und Bergbau ebenso gelten wie für Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus.

(2) Das Wassernutzungsentgelt muss gerecht, transparent und lenkungswirksam gestaltet sein. Es ist nicht zielführend, dass die Trinkwasserversorgung Entgelte zahlt, während Landwirtschaft und Bergbau vielfach befreit sind. Insbesondere die Privilegierung der landwirtschaftlichen Beregnung widerspricht dem Ziel eines sparsamen Umgangs mit Wasser. Notwendig ist eine einheitliche Entgeltspflicht für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Nutzungen, planbare und stabile Entgelte

für die Trinkwasserversorgung sowie höhere Entgelte bei besonders wasserintensiven oder ineffizienten Nutzungen.

(3) Gewässerrandstreifen sind ein zentrales Instrument des Gewässerschutzes. 10 Meter an Fließgewässern und 30 Meter an Seen sollten dauerhaft frei von Dünger- und Pestizideinsatz bleiben. Solche Pufferzonen reduzieren Nährstoff- und Schadstoffeinträge, fördern naturnahe Strukturen, steigern die ökologische Qualität der Gewässer und entschärfen Konflikte mit geschützten Arten wie dem Biber.

(4) Moore, Auen und Feuchtgebiete müssen als natürliche Wasserspeicher konsequent geschützt und wo möglich wiedervernässt werden. Entwässerte Moore verlieren ihre Speicherfunktion und setzen erhebliche Mengen Treibhausgas frei.

Wasser als Gemeingut sichern

Politische Maßnahmen müssen sowohl den natürlichen Wasserkreislauf stärken als auch die Nutzung regulieren. Ein gemeinwohlorientierter, zukunftsfähiger Wasserhaushalt in Brandenburg ist möglich – aber nur, wenn Wasser wieder als das behandelt wird, was es ist: ein begrenztes, lebensnotwendiges Gut. Wasserschutz ist keine Randfrage, sondern eine zentrale Zukunftsaufgabe. ●



PFAS und TFA

Wasserwerke schlagen Alarm

Jahrelang wurden PFAS und TFA – Stoffe, die in der Umwelt schlicht nichts verloren haben – legal in deutsche Gewässer eingeleitet. Heute stellt sich die unbequeme Frage: Wie entfernt man Substanzen, die sich hartnäckig anreichern, nicht abgebaut werden und sich mit gängigen Verfahren kaum filtern lassen?

von Thomas Löb

PFAS und TFA sind Abkürzungen für Chemikalien, die in vielen alltäglichen Produkten vorkommen. PFAS steht für „per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen“, TFA für „Trifluoressigsäure“. PFAS werden z.B. in Pfannenbeschichtungen, Outdoor-Bekleidung, Teppichen und Möbeln verwendet, um sie wasser- und schmutzabweisend zu machen, aber auch in Feuerlöschschaum. TFA kann als Abbauprodukt von PFAS entstehen, wird aber auch in der Produktion von bestimmten Medikamenten und als Lösungsmittel eingesetzt.

Massive Gefährdung von Gesundheit und Umwelt

Das Problem ist kein rein chemisches, sondern ein politisches, gesellschaftliches und moralisches. Es steht exemplarisch für eine Entwicklung, die Deutschland über Jahrzehnte geprägt hat: das blinde Vertrauen in Fortschritt und Wachstum. Was einst gefeiert wurde, findet sich heute in Trinkwasser, Nahrung und Körpern wieder. Die Folgen sind langfristig, diffus, schwer messbar – und gerade deshalb so gefährlich. Was nützt Wohlstand, wenn die Grundlagen des Lebens erodieren?

Sauberes Wasser, reine Luft und gesunde Lebensmittel sind keine Luxusgüter, sondern die elementare Basis jeder Gesell-

schaft. Fachleute warnen seit Jahren: Die Schäden, die Stoffe wie TFA anrichten, sind oft irreversibel. Technische Lösungen existieren bestenfalls auf dem Papier – und sind sie kaum realisierbar, weder finanziell noch energetisch. Die Industrie hat ihren Vorteil längst eingestrichen, die Kosten tragen Umwelt und Bevölkerung.

Warum akzeptiert unsere Gesellschaft das?

Obwohl sich TFA nicht abbaut, wird die Substanz weiterhin freigesetzt. Wir wissen, woher sie kommt, dass sie bleibt und dass sie sich im Trinkwasser anreichert. Was wir nicht wissen – oder nicht wissen sollen: Warum finden wir uns als Gesellschaft damit ab? Während Behörden mit Leitwerten hantieren, die Umweltverbände für viel zu hoch halten, während Grenzwerte wie akademische Fußnoten diskutiert werden, übernehmen NGOs die Aufgaben, die eigentlich staatliche wären: messen, warnen, informieren, Konsequenzen einfordern.

Auch Wasserwerke schlagen Alarm: Die Belastung in den Einzugsgebieten von Bodensee, Rhein und Aare steigt rapide. Am Hochrhein hat sich die TFA-Konzentration innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Etwa die Hälfte stammt aus Industrie und Haushalten, die andere Hälfte aus der Landwirtschaft.

Prof. Martin Scheringer von der ETH Zürich bringt es auf den Punkt: „Grundsätzlich ist die Freisetzung einer gar nicht abbaubaren Substanz sehr problematisch; salopp gesagt: falsch und dumm.“ Wer heute nicht handelt, zahlt morgen: mit Steuergeld, höheren Wasserpreisen und irreversiblen Schäden an Ökosystemen. Das Muster ist altbekannt: Die Verschmutzung ist billig, die Reinigung teuer. Die Rechnung landet bei der Allgemeinheit.



Kritische Blutwerte bei Kindern und Jugendlichen

PFAS umfassen über 10.000 Substanzen. Sie reichern sich in Umwelt und Körpern an. Bereits 20% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland weisen kritische PFAS-Werte im Blut auf. Langfristige Folgen können z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Leberschäden, ein geschwächtes Immunsystem und Unfruchtbarkeit sein. Und die Messwerte steigen. Michael Müller, Chemiker an der Universität Freiburg, berichtet von einer Verzehnfachung der TFA-Konzentrationen in Weinproben innerhalb von 15 Jahren.

Sechs PFAS-Fabriken stehen in Deutschland – mehr als in jedem anderen europäischen Land: Solvay in Bad Wimpfen, Daikin in Frankfurt/Main, Lanxess in Leverkusen, 3M, W. L. Gore und Archroma

BUND in Bayern
Trinkwassertest: In 42 von 46 Stichproben wurden Ewigkeitschemikalien nachgewiesen
 Pressemitteilung, 04.11.2025
www.t1p.de/86p5y

Alexander Dambach
Experte zu Ewigkeits-Chemikalie TFA: „Es ist falsch und dumm, so etwas freizusetzen
 SWR, 28.06.2025
www.t1p.de/0entf

im Chemiepark Gendorf. Dass PFAS toxisch sein könnten, weiß die Industrie seit den 1960er-Jahren. Dennoch existieren in Deutschland bis heute keine Regeln für Gebrauch und Entsorgung.

Schnellstmögliche Beschränkung!

Vierorts enthält Regen mehr PFAS, als die EU eigentlich zulässt. Die Stoffe sind so mobil, dass sie selbst in Tibet oder der Antarktis nachweisbar sind. Während EU-weit über ein umfassendes PFAS-Verbot diskutiert wird, setzt Deutschland weiterhin auf unverbindliche Leitwerte. Die Folgen sind sichtbar: Es ist überall – in Oberflächen-gewässern, im Grundwasser, in Lebensmitteln. Meeresschaum an Nord- und Ostsee weist Werte auf, die bis zu 4.000-fach über den Grenzwerten anderer Länder liegen.

Die ÖDP fordert die schnellstmögliche Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe für alle Anwendungen. Zeitlich befristete Ausnahmen soll es nur für essenzielle Bereiche geben – verbunden mit einer konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips bei der Aufbereitung und Sanierung kontaminierter Wasser und Böden. Notwendig ist eine vorsorgeorientierte Chemikalienpolitik, die Umwelt und Gesundheit schützt, statt Risiken zu verwalten.

Bereits 20% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland weisen kritische PFAS-Werte im Blut auf.

Überschwemmungsschutz

Bürgerentscheid als wirksames Instrument

Überschwemmungsschutz wird von vielen Kommunen nicht ernst genommen. Zu verführerisch ist es, neues Bauland auszuweisen. Und die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen in Baugrund kann ihre Eigentümer reich machen. In Taufkirchen wurde deshalb Überschwemmungsschutz per Bürgerentscheid durchgesetzt.

von Simone Lettenmayer

Die Zunahme von Starkregenereignissen wird kleingeredet. Und der Kippunkt, ab dem eine Gemeinde durch immer dichtere Bebauung wassergeologisch gefährdet ist, lässt sich nicht exakt vorhersagen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist jedoch unbestritten, dass sich nicht jede Gemeinde gleichermaßen für Verdichtung eignet. Einen ersten

Überblick über Risiken liefern öffentlich zugängliche Instrumente wie der Bayerische Umweltatlas, der wassergeologische Gegebenheiten transparent darstellt.

In Taufkirchen bei München ereigneten sich im Jahr 2024 mehrere Überschwemmungen, die für viele Einwohner finanziell katastrophal waren. Daraufhin schloss ich

Simone Lettenmayer

Jahrgang 1992, ist Mediengestalterin, Medienfachwirtin und Technische Betriebswirtin. In die ÖDP trat sie 2012 ein, war von 2014 bis 2020 parlamentarische Assistentin des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner und ist seit 2024 lokale Assistentin der Europaabgeordneten Manuela Ripa. In Taufkirchen wohnt sie seit 2022.

www.taufkirchen.info



mich einer Bürgerinitiative an und gründete die Informationsplattform www.taufkirchen.info: zur Aufklärung über die teils komplexe fachliche Lage und zur Dokumentation konkreter Schadensfälle. Ein Bürger berichtete von 160.000 Euro Schaden an seinem Haus, andere schilderten Ähnliches. Verzweiflung und Wut waren spürbar.



Überschwemmte Tiefgarage nach Starkregen

10 Lehren aus Taufkirchen

- 1. Juristische Präzision schlägt Vollständigkeit**
Ein Bürgerbegehren muss rechtssicher sein – nicht maximal ausführlich. Schon kleinste Formulierungen können über Zulassung oder Scheitern entscheiden.
- 2. Der Bürgerentscheid ist verbindlich**
Er kann Gemeinderatsbeschlüsse überstimmen und entscheidet, ob Natur- und Überschwemmungsschutz Vorrang vor Flächenversiegelung haben.
- 3. Sachthema statt Parteipolitik**
Wasser, Boden und Klima sind Gemeingüter, weshalb Bürger hier oft unabhängig von Parteipräferenzen abstimmen.
- 4. Ratsbegehren einkalkulieren**
Gemeinden dürfen mit Steuergeldern für Gegenpositionen werben, weshalb transparente Information wichtig ist.
- 5. Sichtbarkeit schaffen**
Plakate, Flyer und eine Website sind zentrale Werkzeuge, um ökologische Risiken verständlich zu machen.
- 6. Unabhängigkeit stärkt Glaubwürdigkeit**
Bürgerinitiativen oder parteiübergreifende Bündnisse wirken überzeugender, wenn sie nicht als einzelnes Parteiprojekt wahrgenommen werden.
- 7. Ungleiche Ressourcen realistisch einschätzen**
Investoren und Bauinteressen verfügen oft über deutlich größere finanzielle Mittel, weshalb Durchhaltevermögen von zentraler Bedeutung ist.
- 8. Spenden transparent organisieren**
Gerade beim Überschwemmungsschutz sind viele Bürger bereit zu helfen, erwarten bei einer Bürgerentscheidskampagne aber hohe Transparenz.
- 9. Quorum nicht aus dem Blick verlieren**
Zustimmung allein reicht nicht – auch die Wahlbeteiligung entscheidet über die Rechtskraft.
- 10. Nach dem Entscheid wachsam bleiben.**

In der Folge formierten sich parteiübergreifend engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen weitere Bebauung in unmittelbarer Nähe ihrer bereits überschwemmungsgefährdeten Häuser einsetzten. Von drei eingereichten Bürgerbegehren führte eines im Sommer 2025 zu einem heftig umkämpften Bürgerentscheid.

Es ging um die Verhinderung des Baus einer privaten Schule auf einem Gebiet, das aus Sicht vieler Anwohner überschwemmungsgefährdet ist. Mehrere angrenzende Häuser waren im Jahr zuvor massiv beschädigt worden. Brisant war zudem, dass die CSU-Fraktionsvorsitzende Eigentüme-

rin des betroffenen Grundstücks war und sich persönlich gegen den Bürgerentscheid engagierte – unterstützt vom Gemeinderat mit einer professionellen Kampagne.

Dennoch entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gegen das Bauvorhaben. Dies zeigt, dass Bürgerentscheide nicht nur ein demokratisches Korrektiv, sondern ein wirksames Instrument für kommunalen Umwelt- und Überschwemmungsschutz sind.

Bebauungspläne müssen weiter beobachtet werden, um spätere Umgehungsversuche nach Auslaufen der Bürgerentscheidungsfrist zu verhindern.

Naturschutz

Niederbayerische Donau bleibt ein strömender Fluss

Die Donau ist der zweitgrößter Fluss Europas und eine bedeutende Wasserstraße. Ihr schiffahrtsgerechter Ausbau war deshalb lange ein politisches Ziel. Doch ab den 1980er-Jahren wuchs in Niederbayern der Widerstand gegen diese Pläne stetig an – und führte schließlich zum Umdenken. Nun wird die Donau sogar renaturiert.

von Bernhard Suttner

Ich bin an der Donau aufgewachsen – in der Altstadt von Regensburg. Schon in der Grundschule erklärte uns einmal ein Lehrer, dass der beliebte Volksfestplatz, den man in strengen Wintern auch als Eisfläche für das Schlittschuhfahren „aufspritzte“, in der Zukunft verschwinden würde. Dort werde nämlich ein Kanal für die Schifffahrt gegraben werden – der Rhein-Main-Donau-Kanal. Endlich würden dann auch große Schiffe das „Hindernis“ der im 12. Jahrhundert gebauten „Steinernen Brücke“ umfahren können. Was schon Karl der Große geplant hatte und später König Ludwig I. in kleiner Form hatte bauen lassen, werde in unserer

Zeit endlich gelingen: „Die Nordsee und das Schwarze Meer quer durch Europa verbinden!“ So sprach der begeisterte Lehrer.

Oberhalb des historischen Brücken-Hindernisses begannen damals noch im Stadtgebiet die Altwässer und Donauauen. Es gab zwar auch eine Stelle, an der Kies aus der Donau gebaggert wurde, aber insgesamt habe ich in den 1950er- und 1960er-Jahren die Donau als Naturraum erlebt. Man hat dort das Schwimmen gelernt und wurde

In den 1970er-Jahren verschwanden die Auen. Die Altwässer auch. Die Ufer wurden gespundet und betoniert.

vor gefährlichen Wirbeln, aber auch vor sagenhaften Riesenwallern gewarnt. Die Strudel gab es, von einem Waller wurde meines Wissens niemand in die Tiefe gezogen.

Fortschrittssymbol Rhein-Main-Donau-Kanal

In den 1970er-Jahren wurde es dann ernst. Was der Lehrer angekündigt hatte, geschah, und ich kann mich nicht an Proteste erin-



In den 1980er-Jahren bildete sich rund um den Bund Naturschutz eine breite bürgerliche Widerstandsbewegung.

nen, als in die Donau ein Kraftwerk der Rhein-Main-Donau AG samt Stauhaltung eingebaut wurde. Die Auen verschwanden. Die Altwässer auch. Die Ufer des großen Stauraumes wurden gespundet und betoniert. Ja, auch der Volksfestplatz samt der winterlichen Eisfläche verschwand. Dort steht jetzt die nötige Schleuse. Man freute sich in Regensburg über den Fortschritt, über „ordentliche“ Verhältnisse am Fluss, weniger Mücken im Sommer, billigen Strom aus der Wasserkraft. Die großen Schiffe – so wurde erwartet – würden einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen.

Der ließ auf sich warten – es war ja auch noch nicht alles geschafft: Im Altmühltal gab es Proteste der „fortschrittsfeindlichen

Naturschützer“, die das große Werk durch juristische Einsprüche verzögerten. Und unterhalb Regensburgs war die Donau auch noch nicht „schiffahrtsgerecht“ ausgebaut. Da müsse man noch viele weitere Staustufen errichten und auch noch den einen oder anderen Kanal graben, um die hinderlichen Donauschleifen abzuschneiden. So hieß es damals.

Ich muss gestehen, dass mich das alles nicht interessierte. Meine ökologische Sensibilisierung war noch nicht entwickelt und ich war damit nicht alleine: Das Bewusstsein für den Wert von ausufernden Flüssen, für die Dynamik von Niedrigwasser und Hochwasser und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf Flora und Fauna, aber auch auf die Grundwasserströme hatten nur wenige Menschen, die sich in den allmählich politisch werdenden Naturschutzverbänden zusammenfanden. Die Mehrheit freute sich über jede Begrädigung. So wurden denn auch unterhalb Re-

Bernhard Suttner

Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1978 gehörte er zu den Gründern der „Grüne Aktion Zukunft“, verließ diese wieder und gründete 1982 die ÖDP mit. Von 1991 bis 2011 war er Landesvorsitzender der ÖDP Bayern, seit 2011 ist er ihr Landesbeauftragter für Grundsatzfragen.



bernhard.suttner@t-online.de



gensburgs bis auf die Höhe von Straubing zwei weitere große Stauhaltungen gebaut, das Strömende wurde zum Stehenden, Altwässer, Auen, Vogelschutzgebiete verschwanden auch auf dieser Flussstrecke. Von der Walhalla aus sah man jetzt keine Flusslandschaft mehr, sondern einen Stausee. Und auch Straubing wurde mit einem großen Kanalbauwerk samt Kraftwerk und Schleuse „umgangen“.

Ökologischer Widerstand

Aber nun, in den 1980er-Jahren, bekamen es die Rhein-Main-Donau AG, die Bayerische Staatsregierung und auch die Bundesregierung mit der aufgewachten ökologischen Bewegung zu tun. Die Pläne für die „letzten“ 70km zwischen Straubing und Vilshofen wurden nicht mehr stillschweigend zur Kenntnis genommen. Es bildete sich rund um den Kristallisationskern „Bund Naturschutz“ mit seinem Vorsitzenden Hubert Weinzierl eine breite bürgerliche Widerstandsbewegung, welche die unterschiedlichsten Verbände und Bevölkerungsgruppen, von Teilen der Landwirtschaft bis hin zum Kanusportverband und den Berufs- und Sportfischern, erfasste. Auf das nötige Raumordnungsverfahren bereitete man sich intensiv vor. Der Naturschutz sollte und wollte nicht länger schweigen.

Und an dieser Stelle kommt auch die ÖDP ins Spiel. Niederbayern hatte sich schon früh zu einer „Hochburg“ der Partei entwickelt. Wir hatten Kommunalmandate, teils auch schon Fraktionen in den Kreistagen und kreisfreien Städten. Wir waren überall neben den Grünen wichtige politische Partner und selbst auch Teil der Bürgerbewegung für die „freie Donau“. Das Ziel war klar: Wir stritten für die Variante A. Und warnten vor der Variante C. Die besonders rücksichtslose Variante B war frühzeitig zurückgezogen worden.

Worum ging es beim „Variantenstreit“? Um zu einer juristisch tragfähigen Planfeststellung zu kommen, mussten mehrere Vari-

Hier kommt die ÖDP ins Spiel. Niederbayern hatte sich schon früh zu einer „Hochburg“ der Partei entwickelt.

anten geprüft werden. Die Variante A sollte mit rein flussbaulichen Maßnahmen, ohne Staustufen und neue Kanalbauten, Verbesserungen für die Schifffahrt bringen – freilich nicht die gewünschte Abladetiefe von 2,80m an nahezu allen Tagen. Der Streit ging vor allem um die Wirtschaftlichkeitsberechnungen: In diversen Gutachten

wurde die Variante A eher nach unten gerechnet, während die anderen Varianten nach oben gerechnet wurden. Dass in den bereits ausgebauten Flussabschnitten die aquatische Fauna verarmte, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Es ging wie so oft um rein ökonomische Aspekte. Die Bürgerbewegung verzichtete zwar niemals auf die ökologische Argumentation, musste sich aber auch auf die priorisierten ökonomischen Aspekte einlassen.

Der damaligen ÖDP-Kreisrätin Maria Birkeneder gelang es, Fachleute in die Kommunikation der Kommunalpolitik einzubinden, die nicht nur die Argumente der Rhein-Main-Donau AG und der Staatsregierung vortrugen. Auch die Wirtschaftlichkeits-

Bayerns Kabinett beschloss 2013, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der Variante A durchzuführen.

prognosen wurden kritisch nachgerechnet. So erkannte man, dass die Variante A ohne Stau und Kanal kaum weniger zu leisten vermochte als die brutal in die Flussdynamik eingreifende Variante C. Auch der dringend nötige Hochwasserschutz wäre mit Variante A früher möglich geworden. Das Ergebnis unserer Bemühungen hat damals eingeschlagen und Wellen bis in die Staatskanzlei geschlagen: Der Kreistag von Straubing-Bogen beschloss einstimmig, sich für die Variante A ohne Stau und Kanal auszusprechen.

Sieg der ökologischen Vernunft

Es ging dann ziemlich schnell. Der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer wollte das Problem Donauausbau im CSU-Stamm-land Niederbayern „abräumen“. Nach einer Bereisung mit dem Schiff samt Gesprächen

Lebendige Donau Ökumenischer Arbeitskreis, Freundinnen der Donau e. V. (Hrsg.)
Das Geheimnis des Strömenden
 Liebeserklärung an die frei fließende Donau
 Donauaktionskreisverlag, Oktober 2022
 128 Seiten, 10,00 Euro, **978-3-00-072941-6**



mit Verbandsvertretern und Kommunalpolitik beschloss das Kabinett am 27. Februar 2013, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen nach der Variante A durchzuführen. Ob das „Lied für die Donau“, das Hans-Jürgen Buchner von der Band Haindling beim Stopp in Deggendorf dem Ministerpräsidenten vorgetragen hatte, den Ausschlag gab, oder vielleicht doch der von Maria Birkeneder herbeigeführte einstimmige Beschluss des Kreistages von Straubing-Bogen, wird nicht geklärt werden können.

Eines steht jedoch fest: Der sachlich und emotional hochgradige, gewaltfreie Widerstand der Bürgerinnen und Bürger, der Naturschutzverbände, auch kirchlicher Gruppen wie dem Ökumenischen Aktionskreis „Lebendige Donau“ und einzelner Fachleute hat erreicht, dass die Donau in Niederbayern als Lebensraum nicht nur erhalten bleibt, sondern jetzt auch neue Qualitäten bekommt. Schon in den 1920er- und 1930er-Jahren war der Strom ja kräftig „bearbeitet“ worden. Damalige Fehler werden nun korrigiert. Geplante weitere Fehler konnten erfolgreich verhindert werden. Fazit: Naturschutz kann auch gewinnen!

Die Fotos dieses Beitrags stammen mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem 2022 erschienenen Buch „Das Geheimnis des Strömenden“.

Das Wasser braucht unsere Aufmerksamkeit!

Liebe Freundinnen
und Freunde der ÖDP,

Ich bin nahe am Wasser geboren und aufgewachsen; wir haben direkt am Main gewohnt und wenn Hochwasser war, dann waren wir eine Insel. Wasser war für mich das Selbstverständlichste auf der Welt und ohne Wasser konnte und kann ich mir die Welt nicht vorstellen. Und ebenso selbstverständlich war, dass ich Schwimmer geworden bin, und Kanute, und Segler und Taucher; und Wasser in jeder Form, also auch Eis und Schnee, als Eisläufer und Skifahrer – es war und ist mein Element. Und plötzlich ist es nicht mehr selbstverständlich! Dabei: Selbstverständlich war es doch bisher auch allgemein für uns Deutsche. Wasser war da, immer genug; eine Wasserknappheit konnten wir uns doch gar nicht vorstellen. Und jetzt ist es plötzlich doch eingetreten. In Brandenburg Wasserknappheit, Trinkwasser rationiert, die Gletscher schmelzen dahin und können nicht mehr genug Wasser speichern und hervorbrin-

gen, sodass eine kontinuierliche Versorgung der Flüsse garantiert wäre. Überall ist der Grundwasserspiegel teils dramatisch um mehrere Meter gesunken, an mehreren Stellen ist plötzlich der Boden instabil geworden. In den Alpen bringt der zurückgehende Permafrost ganze Bergflanken zum Abrutschen, verschüttet Dörfer. Es passieren Dinge, die wir uns überhaupt nicht vorstellen konnten: Der Boden, unsere Landschaft, wird instabil durch Wassermangel und zu wenig Eis. Doch damit nicht genug: Mit Pestiziden, zu viel Dünger, Nitrat und Mikroplastik verunreinigtes Wasser gefährdet Mensch und Natur. Und auch bei dem Wasser, das wir haben, wird richtig sauberes Wasser immer problematischer. Was haben wir getan – was haben wir da angerichtet mit unserer allzu sorglosen Lebensweise?

Ich könnte jetzt weiter lamentieren und die Probleme, die wir mit dem Wasser haben, aber eben auch selbst angerichtet ha-

ben, immer weiter ausbreiten. Viel spannender aber wird die Frage: Wie könnten wir's wieder richten? – Jetzt in tiefere Schichten einzudringen und bis zu 10.000

Wie könnten wir's wieder richten?

Jahre altes Tiefengrundwasser abzupumpen oder große Verbundleitungen zu legen, um dort alles rauszuholen, wo noch mehr davon da ist, löst das Problem nicht; im besten Fall verlagert es das Problem und wir bleiben im alten Denken der Ausbeutung unserer Ressourcen verhaftet. Nein! Wir müssen unser Denken verändern: Mit dem gleichen Schema, mit dem wir das Problem geschaffen haben, werden wir es nicht lösen können. Ein erster Schritt: Wir müssen erkennen, dass wir mit dem auszukommen haben, was uns tatsächlich zur Verfügung steht; uns wieder einfügen in die natürlichen und globalen Zusammenhänge. Und

dann dürfen und müssen wir endlos kreativ werden, das vorhandene Wasser zu halten, wieder zu verbessern, mehrfach zu nutzen und den Wert des Wassers wieder zu ermessen: Wasser ist Leben – ohne Wasser ist der Tod. Wir hatten das Thema Wasser

Aber die Bedeutung von Wasser ist so groß, dass es uns für immer begleiten muss.

als Halbjahresthema ausgerufen, weil wir etwas anschieben wollten. Aber die Bedeutung von Wasser ist so groß, dass es uns für immer begleiten muss – als Thema und in unserer Wahrnehmung und besonderen Beachtung, die wir ihm schenken müssen.

Ihr/Euer Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch



Foto: debamija/pixabay.com

Foto: Mike Müller, Berlin

Der Ökologische Rat der ÖDP

Als einzige Partei in Deutschland hat die ÖDP seit Gründung einen Ökologischen Rat als Institution in ihrer Satzung vorgesehen. Dazu sind die nachfolgenden Paragraphen in der Satzung formuliert:

§ 18.1 Die Mitglieder des Ökologischen Rates haben die Aufgabe, die Organe und Mandatsträger der Partei in ökologischen Angelegenheiten wissenschaftlich zu beraten.

§ 18.2 Der Ökologische Rat besteht aus Wissenschaftlerinnen / Wissenschaftlern und Fachleuten, die vom Bundesvorstand dem Bundesparteitag vorgeschlagen und von diesem für vier Jahre berufen werden. Eine Wiederberufung ist möglich.

Zu 18.1: Dies bedeutet, dass Organe aller ÖDP-Gliederungen (Vorstände, Parteitage etc.) sowie Mandatsträger (derzeit Kommunalmandate und Vertretung im Europäischen Parlament) sich mit schriftlichen Anfragen an die Mitglieder des Ökologischen Rats wenden und diesen um fachliche Stellungnahmen ersuchen können. Außerdem wurden in der Vergangenheit (Wahl-)Programme überprüft und zu Programmänderungen Einschätzungen abgegeben.

Zu 18.2: Die einzelnen Mitglieder werden für vier Jahre berufen. Mit der Berufung der aktuellen Mitglieder auf dem Bundesparteitag der ÖDP vom 17.–19.10.2025 in Bingen ist die Institution des Ökologischen Rats wieder aktiviert worden.

Der Ökologische Rat arbeitete zuletzt unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Buchner in der Zeit von 1990 bis 2000 mit etwa zehn Aktiven, danach war Prof. Buchner Bundesvorsitzender der ÖDP. In der Folge fanden sich eine ganze Zeit lang keine neuen Mitglieder für das Gremium, sodass es

mangels Aktivität fast aus der Satzung gestrichen worden wäre, was aber verhindert werden konnte.

Angesichts der vielschichtigen und wachsenden Krisen dieser Zeit hat der ÖDP-Bundesvorstand sich vorgenommen, dieses Gremium wieder zu aktivieren und nach und nach mit Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und weiteren qualifizierten Fachleuten zu besetzen. Wir werden also auch weiterhin entsprechende Expertinnen und Experten ansprechen, um den bereits aus folgenden Personen bestehenden Kreis zu ergänzen:

- Prof. Dr. Michael Braungart: Verfahrenstechniker und Chemiker, Mitentwickler des „Cradle to Cradle“-Konzepts (von der Wiege bis zur Wiege: Alles muss so konstruiert sein, dass es im nächsten Produkt weiterverwendet wird).
- Prof. Dr. Klaus Buchner: Kernphysiker mit wissenschaftlichen Tätigkeiten u. a. in München. Seit 1983 ist er Mitglied der ÖDP, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 und 2019 als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament.
- Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling: Experte für Raum- und Umweltplanung mit Tätigkeiten u. a. an der Uni Halle-Wittenberg. Langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND und Mitglied in dessen Bundesvorstand.
- Prof. Dr. Michael Succow: Der Biologe und Bodenkundler wurde im Januar 1990 zum stellv. Minister für Natur-, Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR ernannt und initiierte gemeinsam mit anderen das wichtige „Nationalparkprogramm“.

Die Tätigkeit im Ökologischen Rat ist ehrenamtlich und richtet sich nach den zeitlichen und persönlichen Kapazitäten der einzelnen Mitglieder, die wir auf der Internetseite des ÖDP-Bundesverbands sowie in der nächsten ÖP-Ausgabe genauer vorstellen. Die Kommunikation mit dem Rat erfolgt zwischen dem ÖDP-Generalsekretär und der noch zu wählenden Leitungsperson

des Gremiums, sodass mögliche Anfragen zielgerichtet an die jeweiligen Experten weitergegeben werden können.

Im Rahmen einer Online-Veranstaltung wollen sich die Mitglieder des Ökologischen Rats persönlich vorstellen und Fragen beantworten. Den Termin kündigen wir auf www.oedp.de und in unserem Newsletter an. Zum Newsletter-Abo: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

Beim Klimaschutz ist jede und jeder Einzelne gefragt

In einem Gastbeitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vom 25.11.2025 (Bezahlinhalt: www.t1p.de/989gi) legen die Mitglieder des Ethikrats, Armin Grunwald und Kerstin Schlögl-Flierl, dar, warum beim Klimaschutz Nichtstun ethisch verwerflich ist, auch wenn ein Individuum wenig ausrichten kann. Grundlage dieses Beitrags ist eine Stellungnahme des Ethikrats zu Fragen der Klimagerechtigkeit aus dem Jahr 2024 (www.t1p.de/tulhl). Mit ihrem Kommentar in der SZ beziehen Grunwald und Schlögl-Flierl auch Stellung gegenüber Bundeskanzler Friedrich Merz, nach dessen Aussage Deutschland „nichts“ tun müsse, da es ja nur für 1,8 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sei.

Wir sagen, jeder kann und muss etwas zum Klimaschutz beitragen, wenn auch die Politik handeln und gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen muss. Es wird kein moralisches Heldentum gefordert, wohl aber zumutbares Mitwirken – etwa durch mehr

Fahrradfahren oder durch Unterzeichnen und Bewerben unserer Klimaschutz-Petition: www.keine-rolle-rueckwaerts.de

Die Ethikrat-Mitglieder bestätigen auch die ÖDP-Forderung nach einem sozial gerechten Klimageld, damit diejenigen entlastet werden, welche nicht die Verursacher, sondern die Leidtragenden der Klimakrise sind.

Auf die Bedeutung des sozialen Ausgleichs und weiterer Maßnahmen weisen wir als Partei auch in einer umfangreichen Stellungnahme hin, mit der wir uns an der Ausarbeitung des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung beteiligt haben. Lesen Sie dazu unsere Pressemitteilung vom 20.01.2026 unter www.t1p.de/j5ztr

Verabschiedung von Rita Hinterleitner

Knapp ein Jahr lang hat uns Rita Hinterleitner in der Social-Media-Arbeit tatkräftig vorangebracht. Im Herbst 2025 wechselte sie dann zu einer anderen Stelle. Wir bedanken uns bei ihr für die geleistete Arbeit und wünschen ihr weiterhin alles Gute.

„Wir brauchen auf EU-Ebene ein klares, verbindliches Handeln zum Schutz des Wassers!“

Der neue „Wasseratlas“ von Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) zeigt alarmierende Zahlen: Deutschland verliert jährlich bis zu 2,5 Milliarden Kubikmeter Wasser. Chemikalien, Mikroplastik und Pestizide belasten unsere Gewässer und unser hoher Wasserverbrauch begünstigt Trockenheit.

Der Klimawandel verschärft die Krise: Dürren, Überschwemmungen und ungleich verteilte Regenfälle bringen den Wasserhaushalt aus dem Gleichgewicht. Weltweit haben laut HBS und BUND 2,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Dabei ist Wasser eine unverzichtbare Grundlage allen Lebens. Es sichert Gesundheit, Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung, natürliche Ökosysteme und die Anpassung an den Klimawandel. Ohne sauberes Wasser gibt es keine nachhaltige Zukunft für die Menschen und die Natur. Diese zentrale Bedeutung macht klar, warum der Schutz von Wasserressourcen als politische Priorität der Europäischen Union anerkannt werden muss.

Eine unverbindliche Wasserstrategie reicht nicht aus

Im Sommer 2025 hat die Europäische Kommission die sogenannte „Europäische Wasserresilienzstrategie“ vorgestellt, mit dem erklärten Ziel, die Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen in der EU langfristig zu sichern, den Wasserkreislauf

zu schützen und die Wasserversorgung in einem zunehmend von Dürren, Überschwemmungen und wachsender Bevölkerung belasteten Europa widerstandsfähiger zu machen. Die Kommission formulierte



Foto: Keren Elisabeth Jäkel

drei zentrale strategische Ziele: den Schutz und die Wiederherstellung des Wasserkreislaufs von der Quelle bis zum Meer, den Aufbau einer „Wasser-intelligenten“ Wirtschaft, die Wasser effizienter nutzt, sowie die Sicherung von sauberem und bezahlbarem Trinkwasser für alle.

Zwar betont die Kommission in ihrer Strategie, dass Wasser unersetzlich ist und der Zugang dazu ein grundlegendes Menschenrecht darstellt, doch trotz dieser Anerkennung bleibt die Wasserstrategie rechtlich unverbindlich. Es handelt sich nicht um einen Gesetzesvorschlag, sondern um eine politische Agenda und einen Handlungsrahmen für die Mitgliedstaaten, die Regionen und die Wirtschaft. Eine unverbindliche Strategie genügt jedoch den Her-

ausforderungen nicht und ist dem Ernst der Lage nicht angemessen.

Im Europaparlament haben wir die Wasserstrategie intensiv debattiert. Es wurde ein eigener Bericht und eine Entschließung zum Thema Wasser verabschiedet, die allerdings hinter meinen Erwartungen und auch den Forderungen der Umweltverbände zurückbleiben. Ich habe mich im Rahmen dieser Debatte insbesondere dafür ausgesprochen, dass Umweltgifte wie PFAS konsequent zurückgedrängt werden. Diese hochgiftigen „Ewigkeitschemikalien“ dürfen nicht länger in unsere Umwelt und schon gar nicht in unser Wasser gelangen.

Trinkwasserversorgung vor kommerzieller Nutzung

Der Schutz des Wassers besitzt für uns als ÖDP höchste Priorität. Deshalb habe ich die Petition des Landesverbands Bayern begrüßt und unterstützt, die der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung Vorrang vor der kommerziellen Nutzung garantieren sollte. Denn die Trinkwasservorräte dürfen nicht als handelbare Güter privaten Interessen ausgeliefert werden. Auch wenn bei Redaktionsschluss die Unterschriftensammlung noch nicht abgeschlossen war, hoffe ich sehr, dass die zuständigen Entscheidungsträger dem Anliegen der Petition entsprechen werden. Auf jeden Fall kann die Eingabe der bayerischen ÖDP ein Vorbild für ähnliche Petitionen in anderen Bundesländern sein.

Vorbild Abwasserbehandlung

Auf EU-Ebene werde ich weiter klare, verbindliche Vorgaben und gesetzliche Mindeststandards zum Schutz des Wassers einfordern. Wasserknappheit und -verschmutzung in Europa sind schon heute akut spürbar, denn jährlich sind 30 % der EU-Landfläche

und ein erheblicher Teil der Bevölkerung von Wasserstress betroffen. Dass eine unverbindliche Strategie allein nicht ausreicht, zeigen die Regeln zur Abwasserreinigung. In der EU wird seit 2025 eine überarbeitete Kommunale Abwasserbehandlungsrichtlinie umgesetzt, die unter anderem eine zusätzliche sogenannte „vierte Reinigungsstufe“ vorsieht, um feinste Schadstoffe wie Mikroplastik und Arzneimittelrückstände aus dem Abwasser zu entfernen – ein wichtiger Fortschritt für den Gewässerschutz und die Gesundheit aller Lebewesen. Diese Regel ist Teil eines eigenen Gesetzes und nicht der Wasserstrategie. Sie zeigt, dass nur gesetzliche Verpflichtungen zu tatsächlich besserer Wasserqualität führen können.

Was Europa deshalb braucht, ist eine starke, verbindliche EU-Gesetzgebung zum Schutz des Wassers, die klare Ziele, Standards und Mechanismen zur Rechtsdurchsetzung festlegt – verbunden mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung und strikter Kontrolle der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten, was natürlich auch für bereits bestehende Gesetze gelten sollte. Nur so kann sichergestellt werden, dass Wasser – diese lebenswichtige Ressource – geschützt bleibt und nicht weiteren Risiken durch Klimawandel, Verschmutzung und ineffiziente Nutzung ausgesetzt wird.

-  www.manuela-ripa.eu
-  www.facebook.com/ripamanuela/
-  www.linkedin.com/in/manuela-ripa-726437343/
-  www.instagram.com/manuela.ripa/
-  <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>
-  <https://mastodon.social/@manuelaripa>
-  www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP



Besuch der JÖ im Europäischen Parlament

Vom 12. bis 14. November 2025 reiste eine Gruppe der JÖ – jung. ökologisch nach Brüssel, um das Europäische Parlament zu besuchen und die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa zu treffen.

Nach der Ankunft im Jugendhostel und einem gemeinsamen Abendessen diskutierte und tauschte sich die Gruppe über einen Impuls zur Sicherheit und Zukunft in Deutschland, der EU und Europa aus.

Am nächsten Tag stand der Besuch des Europäischen Parlaments auf dem Programm. Dort traf die Gruppe Manuela Ripa zu einem kurzen Gespräch. Die ÖDP-Abgeordnete gab einen Einblick in ihre parlamentarische Arbeit und ihre Rolle innerhalb der Fraktion. Aufkommende Fragen der Gruppe wurden ebenfalls beantwortet. Aufgrund einer anstehenden Abstimmung musste das Gespräch zwar kürzer ausfallen, doch wurde vereinbart, den Austausch bei einer Videokonferenz zu vertiefen.

Im Anschluss erläuterte der Besucherdienst die Arbeitsweise des Parlaments und die Gruppe konnte eine der wenigen Abstimmungen im Parlament in Brüssel miterleben. Üblicherweise werden Abstimmungen in Straßburg vorgenommen.

Nach den Eindrücken aus dem Plenarsaal besuchte die Gruppe das Parlamentarium, das interaktive Besucherzentrum des Europäischen Parlaments. Der Tag klang mit einer kleinen Shopping- und Sightseeingtour in der Brüsseler Innenstadt aus.

Am Freitagmorgen stand zum Abschluss der Besuch des Hauses der Europäischen Geschichte an. Die Ausstellung veranschau-

licht eindrucksvoll die politischen Epochen der EU und bietet einen umfassenden Überblick. Anschließend trat die Gruppe die Heimreise nach Deutschland an. Die Brüsselfahrt fand großen Anklang und wurde von allen Teilnehmenden sehr gelobt.



Die JÖ-Gruppe mit dem ÖDP-Bundesvorsitzenden Günther Brendle-Behnisch (3. von rechts) im Paul-Henri-Spaak-Gebäude des EU-Parlaments in Brüssel

Auch in Zukunft möchte die JÖ spannende Aktionen organisieren und freut sich auf rege Beteiligung. Gelegenheit dazu bietet schon die nächste JÖ-Bundesversammlung, die voraussichtlich vom 8. bis 10. Mai 2026 in Kassel stattfindet. Alle JÖ-Mitglieder und an nachhaltiger Politik interessierte junge Leute sind herzlich zu diesem Treffen eingeladen. Aktuelle Informationen gibt es auf www.j-oe.de oder per E-Mail an info@j-oe.de. Wer unter 35 ist und als Neumitglied an der Bundesversammlung teilnehmen möchte, findet unter folgendem Kurzlink den JÖ-Mitgliedsantrag: www.t1p.de/joe-mitgliedschaft

JÖ – jung. ökologisch (Bundesverband):

www.j-oe.de

www.instagram.com/jung.oekologisch

Baden-Württemberg

Antritt zur Landtagswahl erfolgreich, aber kein Selbstläufer

Die ÖDP Baden-Württemberg hat an der Landtagswahl am 8. März teilnehmen können. Die nötigen 2.000 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste konnten gesammelt werden. Hierfür dankt der Landesvorstand herzlich allen Sammlerinnen und Sammlern, die dazu beigetragen haben.

Im Gegensatz zur Bundestagswahl bekamen wir diesmal keinen Rückenwind durch zahlreiche Presseberichte, sodass sich die Sammlung erheblich schwieriger gestaltete. Auch war ein weiteres sinkendes Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Politik feststellbar. Über den Wahlkampf werden wir beim nächsten Mal mehr berichten können,

da er zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht angelaufen war. Das Wahlergebnis der Landtagswahl finden Sie auf jeden Fall unter: www.oedp-bw.de/wahlen/landtagswahl-2026

Landesparteitag mit Neuwahl des Landesvorstands

Der Landesvorstand hat in der auslaufenden Amtsperiode gut und harmonisch zusammengearbeitet. Ein großer Teil der Vorstandsmitglieder wird wieder kandidieren, allerdings werden auch einige Posten frei. Wer die Parteiarbeit auf Landesebene aktiv mitgestalten will und an Teamarbeit Freude hat, wende sich bitte an den Landesgeschäftsführer Uli Stein. Wünschenswert ist Erfahrung mit aktiver Parteiarbeit, in welcher Form auch immer.



Der Kreisverband Heilbronn sammelte in Verbindung mit seinen beliebten Bücherflohmärkten Unterstützungsunterschriften.

Der Landesparteitag wird zweitägig sein und am Wochenende 11./12. April 2026 in Gerlingen stattfinden.

ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de
www.oedp-bw.de



Bayern

Ronja Zöls-Biber ist neue Politische Geschäftsführerin in Bayern

Die bayerische ÖDP hat seit Januar eine neue Politische Geschäftsführerin: Ronja Zöls-Biber aus Passau wird die Aufgaben von Urban

Mangold übernehmen, der in vier Jahren in den hauptberuflichen Ruhestand gehen wird. Bis dahin arbeiten beide gemeinsam in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle, um den Übergang reibungslos zu gestalten.

„Wir freuen uns sehr, dass wir Ronja als neue Mitarbeiterin gewinnen konnten. In ihren Rollen als aktives ÖDP-Mitglied, Europawahlkandidatin und stellvertretende Kreisvorsitzende des Kreisverbands Passau haben wir sie als kreative, empathische und engagierte Frau kennengelernt“, sind sich die Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff einig. Mit der Besetzung würden die personellen Weichen für die Zukunft gestellt. Auch Urban Mangold freut sich über die Verstärkung des hauptamtlichen Teams: „Wir arbeiten im Kreisverband Passau eng zusammen. Ronja ist ein Kommunikationsprofi mit vielen guten



Die ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff stellen Ronja Zöls-Biber (Mitte) den Delegierten des Landesparteitags vor.



250 Delegierte fordern, lieber beim Straßenneubau zu sparen und nicht bei Naturschutz und Familien.

Ideen, hohen ethischen Ansprüchen und einem festen Wertegerüst. Damit erfüllt sie die besten Voraussetzungen für die politische Geschäftsführung der bayerischen ÖDP.“

Die neue Geschäftsführerin hat Germanistik, Kommunikationswissenschaft und Markt- und Werbepsychologie an der LMU München studiert und bei der „Passauer Neuen Presse“ ihre Ausbildung zur Redakteurin absolviert. Sie hat viele Jahre für österreichische und deutsche Tages- und Wochenzeitungen gearbeitet und war ab 2013 für den bundesweit aktiven Bio-Verband Biokreis e. V. tätig. Dort leitete sie die Redaktion des Verbandsmagazins und zuletzt die komplette Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Landesparteitag in Regensburg, auf dem Ronja Zöls-Biber den Delegierten vorgestellt wurde, positionierte sich auch mit vier aktuellen Schwerpunktthemen: „Der Vorrang des Trinkwasserschutzes vor privaten Konzerninteressen soll Verfassungsrang erhalten. Die Möglichkeit, Bürgerbegehren zu starten, darf nicht angetastet werden. Die Staatsregierung soll bei der Krankenhausplanung endlich ihren Job machen! Und

Markus Söder soll uns endlich sagen, welchen bayerischen Landkreisen sein Atomwahn ein Klein-Atomkraftwerk beschert“, zählt die Parteispitze die Themen auf.

„Lieber bei Straßen-Neubau als bei Familien und Naturschutz sparen!“

Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbunds für Vogel- und Naturschutz (LBV), forderte als Gastredner, den Rotstift nicht bei Naturschutzprojekten anzusetzen, die für die Bewahrung der Artenvielfalt von größter Bedeutung seien. Mit einer Aktion vor dem Kolpinghaus sprachen sich die rund 250 Delegierten aus ganz Bayern dafür aus, lieber beim Straßenneubau zu sparen und nicht bei Naturschutz und Familien. „Zuerst wurde das Familiengeld mehr als halbiert – und bevor auch nur eine Familie davon profitieren konnte, soll es schon wieder komplett gestrichen werden. Söder und Aiwanger entziehen der häuslichen Kindererziehung in den ersten Lebensjahren die Unterstützung und schränken die Wahlfreiheit der Familien damit noch weiter ein. Die CSU hat die Stärkung der Familien aufgegeben und sich als Familienpartei komplett verabschiedet“, kritisierten

die bayerischen ÖDP-Vorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl werden auf www.oedp-bayern.de veröffentlicht.

ÖDP Bayern

Tel.: 0851 20091960
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de



Berlin

Politischer Salon zum Emissionshandel

Am 13. November 2025 traf sich in den Räumen der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Berlin eine hochkarätig besetzte Expertenrunde, um über „Die unausgeschöpften Potenziale des Emissionshandels“ zu diskutieren. Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass der europäische Emissionshandel ein besonders effizientes klimapolitisches Instrument sei, welches gegen Zweifler in Wirtschaft und Politik verteidigt werden müsse. Bei der Frage allerdings, wie groß das brachliegende Verbesserungspotenzial sei und durch welche Maßnahmen das Instrument weiter optimiert werden könne, schieden sich die Geister.

Während Dr. Björn Benken von der ÖDP Berlin einen simulierten „Markt für Schadstoffvermeidung“ vorschlug, bei dem eine ständige gegenseitige Rückkopplung zwischen dem Marktpreis und den Mengengrenzen der Emissionen stattfände,

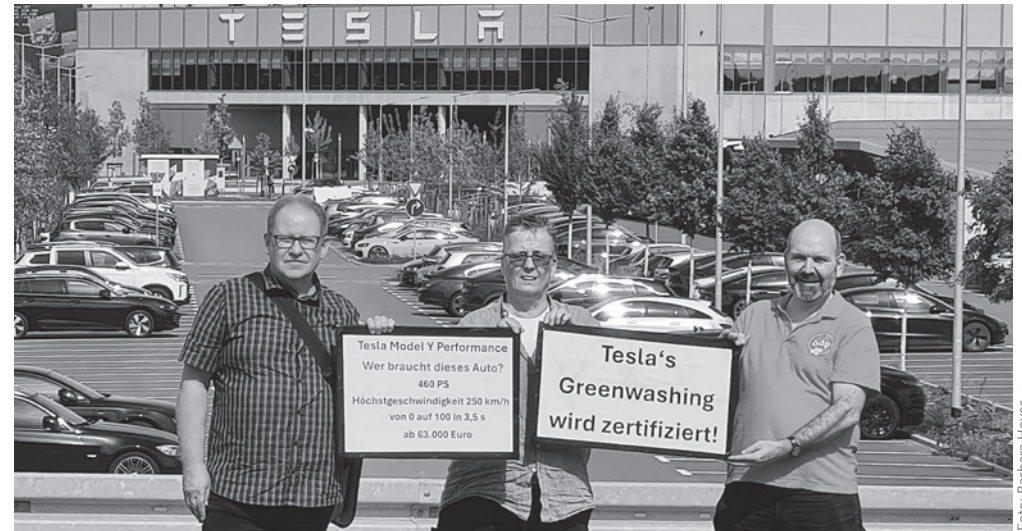
wollte der Umweltökonom Jürgen Hacker das Wirken der internationalen Finanzmarktspekulation eindämmen. Dagegen sah Prof. Barbara Praetorius von der Hochschule für Technik und Wirtschaft den Emissionshandel auf einem guten Weg – lediglich bei der Grenzausgleichsabgabe und den Sonderregelungen für stromintensive Betriebe gäbe es noch Verbesserungsbedarf.

Eine ausführlichere Zusammenfassung der Veranstaltung ist unter dem folgenden Kurzlink zu finden:

www.t1p.de/polsalon-ets

Marktradikal oder pragmatisch?

Florian Zerzawy vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft befürchtete, dass durch die kürzlich beschlossene Verschiebung der Einführung des ETS 2 (das ist der um die Bereiche Straßenverkehr und Gebäude/Wärme erweiterte Teil des Europäischen Emissionshandelssystems) um ein Jahr die Minderungsziele später umso schwerer zu erreichen seien und dass durch die Anrechenbarkeit einer höheren Zahl an internationalen CO₂-Gutschriften der Klimaschutz-Effekt verwässert würde. Christopher Leisinger vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung sprach sich dafür aus, dem Problem zu hoher Preisspitzen mit einem dynamischen Preiskorridor zu



Protestierten gegen die Verleihung des EMAS-Zertifikats an Tesla (von links): Steffen Schorch und Manu Hoyer vom VNLB e. V. neben Thomas Löb vom ÖDP-Kreisverband Oder-Spree

begegnen und für qualitativ hochwertige CO₂-Entnahmen Emissionsrechte zu vergeben. Roland Fink vom Ökologische Marktwirtschaft e. V. wünschte sich, man möge den europäischen Emissionshandel möglichst ungehindert wirken lassen und auf nationale Klimaschutzmaßnahmen, die seine Erfolge abschwächen, verzichten.

Während ein Teil der Runde eher „marktradikale“ Positionen vertrat, befürwortete der andere Teil einen pragmatischen Policy Mix. Genau ein solcher Austausch der Positionen außerhalb der eigenen „Bubble“ ist wichtig, wenn man den Emissionshandel überzeugend weiterentwickeln möchte. Die ÖDP Berlin hofft, mit dieser Veranstaltung hierzu einen Beitrag geleistet zu haben.

ÖDP Berlin

Tel.: 0178 4716146
info@oedp-berlin.de
www.oedp-berlin.de



Brandenburg

Greenwashing in Grünheide

Im Herbst demonstrierte der ÖDP-Kreisverband (KV) Oder-Spree gemeinsam mit dem Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e. V. (VNLB) vor dem Gelände der Tesla-Fabrik anlässlich der Verleihung des EMAS-Zertifikats („Eco-Management and Audit Scheme“) an den Elektroautohersteller. Eine ursprünglich gegen Greenwashing konzipierte EU-Urkunde droht hier zur Aushöhlung ohnehin schwacher behördlicher Kontrollmechanismen zu werden und als reines PR-Instrument zu dienen. Besonders problematisch erscheint die Rolle des französischen Prüfungsbüros GUTcert. Das Wassermonitoring liegt bereits in den Händen von Tesla: Der Wasserverband Strausberg-Erkner verfügt weder über Mitspracherechte noch über die Möglichkeit eigener, unabhängiger Messungen. Angaben zu Schadstoffen im Abwasser werden unter Verweis auf Betriebsgeheimnisse geschwärzt

und die Prüfberichte bleiben für externe Kontrollen unzugänglich. Beschäftigte berichten von enormem Leistungsdruck, zahlreichen Arbeitsunfällen, einem Klima permanenter Einschüchterung und Pausen, die kaum für den Gang zur Toilette reichen. Hinzu kommen Hausbesuche bei Krankmeldungen. Länger erkrankte Beschäftigte werden zur „freiwilligen“ Unterzeichnung von Aufhebungsverträgen gedrängt oder ihnen wird ohne rechtliche Grundlage die Lohnfortzahlung verweigert. Das „Security Intelligence Team“ dient nicht der Sicherheit, sondern der Aufspürung vermeintlich undichter Stellen. Mitarbeitende werden als Faulenzer und Simulanten beschimpft und Musk selbst bezeichnet IG-Metall-Mitglieder als „Spione“ der deutschen Autoindustrie. Die anstehenden Betriebsratswahlen mit Investitionsentscheidungen zu verknüpfen, sehen wir besonders kritisch. Der Werksleiter erklärte hierzu laut „Handelsblatt“ (16.12.2025): „Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass Elon, dass unser Board sich für den Ausbau der Fabrik entscheiden würde, wenn die Wahl mehrheitlich Richtung IG Metall ausfällt.“ Tesla-Beschäftigte benötigen laut IG Metall 21-mal so häufig Rechtsschutz wie der Durchschnitt. Das Unternehmen importierte eine „Ultra-Hardcore“-Kultur, die wir im Widerspruch zur deutschen Vorstellung von guter Arbeit sehen. Hinzu kommt Musks offener Wahlkampf für die AfD auf seinem X-Account.

Dennoch erhält Tesla politische Rückendeckung. Wenn Ex-Landeswirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) Beschäftigten nahelegt, sie sollten „dankbar“ sein und sich bewusst machen, „in welcher Oase“ sie arbeiteten, verkennt er die Realität vieler Arbeitnehmer und das problematische Handeln ihrer Chefs.

Vor diesem Hintergrund luden wir für den 21. Januar zu einer Lesung mit Investi-

gativjournalisten vom „Handelsblatt“ nach Erkner ein. Ihr Buch „Die Tesla Files“ basiert auf 100 Gigabyte interner Daten eines Whistleblowers und dokumentiert u. a. Tausende Beschwerden über Teslas Fahrassistenzsystem: Phantombremssungen, Selbstbeschleunigungen und über 1.000 Unfälle durch den „Autopiloten“. Aufgrund tragischer Sicherheitsmängel verbrannten Tesla-Insassen zuletzt auch in Brandenburg, weil sich ihre Fahrzeuge von alarmierten Feuerwehrcräften nicht öffnen ließen.

Weitere Informationen:

Pressemitteilung der ÖDP Brandenburg vom 01.09.2025: Grünes Siegel, schmutzige Praxis – ÖDP kritisiert Greenwashing von Tesla; www.t1p.de/wghey

Pressemitteilung der ÖDP Brandenburg vom 15.12.2025: Lesung und Diskussion mit Investigativjournalisten in Erkner: Die Tesla Files, 21. Januar 2026, 18:00 Uhr; www.t1p.de/7od4v

ÖDP Brandenburg

Thomas Löb
Tel.: 0175 9966701
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de



Nordrhein-Westfalen

Bereit für die Zukunft

Am 22. und 23. November 2025 fand im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Siegburg der zweitägige Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen statt. Im Mittelpunkt standen Vorstandswahlen sowie strategische Weichenstellungen für die kommenden Jahre.



Foto: Helmut Gellermann / ÖDP

Neuer Landesvorstand der ÖDP NRW: Corinne Enders (links) und Herbert Einsiedler (rechts) aus dem ÖDP-Bundesvorstand freuen sich mit dem frisch gewählten Landesvorstand NRW (Mitte, von links): René Löffler (Region Köln), Katarina Fink (Aachen-Düren-Heinsberg), Frank Schulz (Region Köln), Veronika Berger (Region Düsseldorf-Niederrhein), Jens Geibel (Region Köln), Johannes Stirnberg (Aachen-Düren-Heinsberg) und Marcel Foré (Aachen-Düren-Heinsberg); nicht im Bild: Martin Schauerte (Bonn-Siegburg-Euskirchen).

Jens Geibel wurde als Landesvorsitzender bestätigt. Auch der geschäftsführende Vorstand mit Frank Schulz und Marcel Foré als stellvertretende Landesvorsitzende sowie Johannes Stirnberg als Schatzmeister wurde wiedergewählt. Durch die Bestätigung von Katarina Fink als Beisitzerin und durch die Wahl von Veronika Berger, Martin Schauerte und René Löffler als neuen Beisitzern ist der Gesamtvorstand wieder mit acht Personen besetzt. Der Parteitag dankte den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren Beitrag und ihr Engagement.

Inhaltlich herrschte nahezu vollständige Einigkeit. Die Delegierten beschlossen die Gründung der Landesarbeitskreise „Inklusion“ und „Wasser“. Auch die frühzeitige strategische Planung für die kommenden Wahlen – Landtagswahl 2027 und Bundestagswahl 2029, einschließlich eines möglichen vorgezogenen Termins – wurde einhellig begrüßt.

Ausblicke auf die weitere politische Ausrichtung fanden ebenfalls großen Zuspruch.

Besonders hervorgehoben wurde die sehr harmonische und konstruktive Atmosphäre. Viele Delegierte bezeichneten den Parteitag als einen der angenehmsten und ausgeglichsten der vergangenen Jahre.

Der Veranstaltungsort erhielt ebenfalls viel Lob: Das KSI bot ideale Bedingungen für Austausch und Zusammenarbeit. Ein besonderes Highlight war der gemeinsame Abend, der großen Anklang fand und den persönlichen Austausch vertiefte. NRW ist für die Zukunft aufgestellt!

ÖDP Nordrhein-Westfalen

Jens Geibel, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 17681612
info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de



Sachsen

Anerkennung für ÖDP-Kurs im Osten

Vom 21. bis 23. November 2025 trafen sich in Höfgen die ostdeutschen ÖDP-Landesverbände zur 5. Klausur. Der Besuch des Bundesvorsitzenden Günther Brendle-Behisch zeigte deutlich: Der Bundesvorstand misst der ÖDP in Ostdeutschland hohe Bedeutung bei und unterstützt sie aktiv.

Die Teilnahme eines Kommunalpolitikers aus dem Landkreis Leipzig zeigt, dass die strukturelle Erneuerung und regionale Verankerung Anerkennung finden. Dies wurde auch auf dem Bundesparteitag in Bingen gewürdigt, der die ostdeutschen Anträge annahm, welche die Lebensleistung der Bürger ins Zentrum politischer Arbeit stellen.

Der unter Markus Taubert gestartete Strategie- und Findungsprozess wurde mit Blick auf das Superwahljahr 2029 weitergeführt. Er wird die ÖDP im Osten stärker sichtbar und wirksam machen. Der Austausch mit Bürgern sowie neue regionale

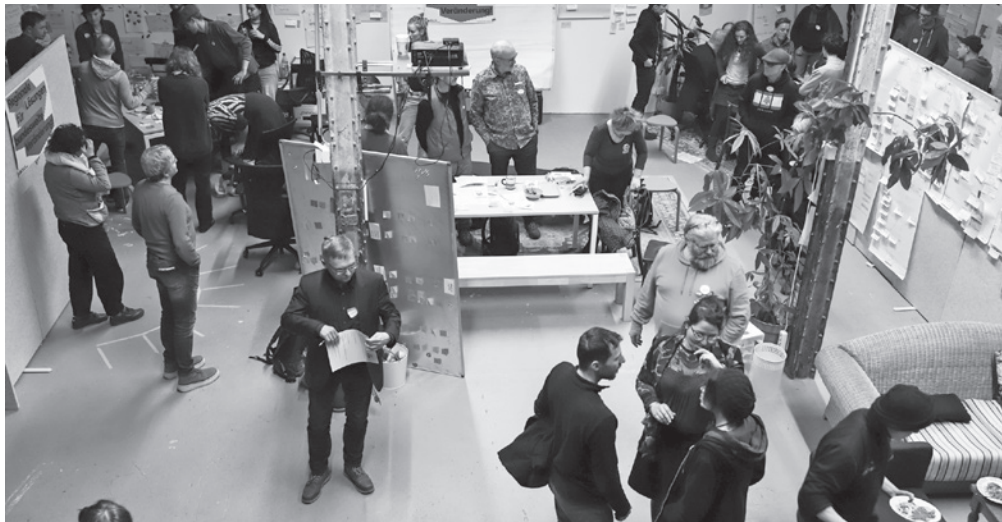
Projekte nehmen Form an. Mit dem Begegnungsraum in Meißen ist ein erster konkreter Baustein gesetzt.

Martin Truckenbrodt stellte eine Analyse zukünftiger Wahantritte sowie die Entwicklung moderner Formen der Wählerkommunikation vor. Die Teilnehmenden kamen trotz unterschiedlicher Positionen beim Thema Ukrainekrieg zu einem gemeinsamen Ergebnis: Europa muss langfristig mehr Eigenverantwortung übernehmen.

Alle Landesverbände sind entschlossen, ihre Kooperation zu vertiefen. Die wachsende Vernetzung vor Ort und die Unterstützung des Bundesvorstands stärken das Vertrauen in eine kontinuierlich wachsende ÖDP im Osten.

ÖDP Sachsen

Harald Vauk,
Landesgeschäftsführer
info@oedp-sachsen.de
www.oedp-sachsen.de



Ähnlich wie die „Werkstatt der Mutigen“ im Februar 2025 in Leipzig, soll auch der Begegnungsraum in Meißen zur Vernetzung mit gesellschaftspolitisch interessierten Menschen dienen.



Der neue Landesvorsitzende Olaf Kipp (links) mit der 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Kirsten Elisabeth Jäkel, und seinem Stellvertreter Björn Fricke

Schleswig-Holstein

Neuer Vorstand mit Ambitionen

Am 01.11.2025 standen beim Landesverband Schleswig-Holstein Vorstandswahlen an.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Olaf Kipp aus Elmshorn, zum stellvertretenden Vorsitzenden Björn Fricke aus Kiel, zum Schatzmeister Johannes Jessen aus Mölln und zum Beisitzer Christoph Metzler aus Neuendorf gewählt.

Aus dem alten Landesvorstand, dem für seine Arbeit gedankt wurde, gab es kleine Dankesgeschenke für Olaf Kipp und seinen Wahlkampfmanager André Bujok vom Landesverband Hamburg. Dieser hatte Olaf tatkräftig dabei unterstützt, die ÖDP als OB-Kandidat bekannt zu machen.

Der Landesparteitag entschied, dass das Büro in Elmshorn bestehen bleiben und künftig als Geschäftsstelle dienen soll. Hiervon versprechen wir uns eine bessere öffentliche Präsenz und Wahrnehmung des Landesverbands.

Weiterhin wurde beschlossen, dass wir bei der Landtagswahl 2027 antreten wollen und hierfür im Februar 2026 eine Aufstellungsversammlung durchführen. Es wäre das erste Mal, dass die ÖDP in Schleswig-Holstein bei einer Landtagswahl teilnimmt.

Der positive Wahlerfolg von Olaf Kipp als OB-Kandidat (von 0 % auf knapp 6 %) in Elmshorn soll genutzt werden, um im Norden richtig Fahrt aufzunehmen, neue Mitglieder zu gewinnen und mit Aktionen und Infoständen landesweit mehr Sichtbarkeit zu erlangen. Teil dieses neuen Kurses der ÖDP Schleswig-Holstein soll auch die Gründung von Unterverbänden und die Zusammenarbeit mit NGOs sein.

ÖDP Schleswig-Holstein

Olaf Kipp, Landesvorsitzender
Tel.: 0176 32346231
olaf.kipp@oedp.de
www.oedp-sh.de



Arten- und Naturschutz

Gemeinsam Artenvielfalt und Lebensgrundlagen sichern

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Arten- und Naturschutz der ÖDP richtet seine zukünftige Arbeit klar an den ökologischen Kernanliegen der Partei aus und schärft dafür seine internen Strukturen. Im Mittelpunkt steht die fachlich fundierte Weiterentwicklung zentraler Naturschutzthemen, die sowohl innerparteilich als auch nach außen stärker sichtbar werden sollen. Dazu gliedert sich der BAK künftig in drei aufeinander abgestimmte Arbeitsgruppen, die gemeinsam ein breites Spektrum naturschutzrelevanter Fragestellungen bearbeiten.

Die Arbeitsgruppe 1 „Biodiversität & Lebensräume“ widmet sich dem Biotopverbund sowie der Förderung von Arten in der Fläche. Sie befasst sich mit der ökologischen Qualität von Lebensräumen und der Stärkung von Populationen gefährdeter Arten.

Die Arbeitsgruppe 2 „Ressourcenschutz & Klimaresilienz“ legt ihren Schwerpunkt auf Wasserrückhalt und die Stabilisierung von Ökosystemen wie z.B. Mooren als natürliche Klimapuffer, das sogenannte Schwammprinzip, sowie auf den Schutz und die Wiedervernässung von Mooren. Wasser, Boden und Klimaresilienz bilden dabei den thematischen Rahmen, doch der Fokus ist deutlich gesetzt: Wasser in der Landschaft halten, empfindliche Ökosysteme stabilisieren und ihre Funktion als natürliche Klimapuffer sichern. Die AG erarbeitet dazu sowohl fachliche Grundlagen als auch anwendungsorientierte Empfehlungen für Politik und Praxis.

Als verbindendes Element wirkt die Arbeitsgruppe 3, eine Querschnitts-AG für an-

gewandtes Naturschutzrecht und Politik. Sie beobachtet relevante Gesetzes- und Richtlinienprozesse auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene und übersetzt fachliche Ergebnisse aus den AGs 1 und 2 in konkrete Vorschläge für Programme, Stellungnahmen und Initiativen. Zudem erstellt sie gut verständliche Texte für Mitglieder, Mandatsträger und die Öffentlichkeit. Damit bildet sie das organisatorische Rückgrat für die politische Wirksamkeit der inhaltlichen Arbeit.

Aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen sollen praxistaugliche Initiativen und Positionierungen entstehen, die zwei der wichtigsten naturschutzpolitischen Kernthemen der ÖDP wieder stärker in den Vordergrund rücken: den konsequenten Schutz der biologischen Vielfalt und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der BAK versteht seine Neuausrichtung auch als Chance, externe Fachleute stärker einzubinden und neue Impulse aus Wissenschaft und angewandtem Naturschutz zu gewinnen. Viele Expertinnen und Experten aus der Biologie und benachbarten Disziplinen haben bereits Interesse signalisiert, ihr Wissen in die Arbeit einzubringen – ein Potenzial, das der BAK gezielt nutzen möchte. So soll der ÖDP-Bundesarbeitskreis Arten- und Naturschutz zu einer attraktiven Anlaufstelle für alle werden, die mit fundiertem Fachwissen und Engagement den Schutz der Natur in Deutschland wirkungsvoll voranbringen wollen. Dazu ergeht eine herzliche Einladung zur Mitarbeit.

Thomas Löb
BAK-Vorsitzender



Foto: AdinaVoicu/pixabay.com

Christen in der ÖDP

Mitgliederversammlung in Beuron

Die Frage nach der Vereinbarkeit eines assistierten Suizids (Selbsttötung auf Verlangen mithilfe einer anderen Person) mit dem christlichen Glauben war eines der Themen, die vom 24. bis 26. Oktober 2025 auf der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises „Christen in der ÖDP“ im Gästehaus der Erzabtei St. Martin in Beuron im Oberen Donautal behandelt wurden.

Bei der regulären Wahl des Leitungsteams wurden der BAK-Vorsitzende Martin Weinmann und sein Stellvertreter Martin F. Dreß wiedergewählt. Unterstützt werden sie von Lothar Mohn, Dirk Zimmermann, Hildegard Meyer, Axel Gebhardt, Werner Roleff und Dirk Uehlein im Beisitz.

Ein Rückblick auf die Enzyklika Laudato si' von Papst Franziskus, die vor zehn Jahren veröffentlicht wurde, kam zu dem Ergebnis, dass das Artenschutz-Volksbegehren in Bayern ohne diese Enzyklika vermutlich nicht so erfolgreich gewesen wäre.

Schließlich bereiteten die elf anwesenden BAK-Mitglieder bereits den Infostand am Katholikentag vor, der vom 13. bis 17. Mai



Foto: ÖDP

2026 in Würzburg stattfindet. Wer dort mitarbeiten möchte, wird gebeten, sich beim Vorsitzenden (martin.weinmann@oedp.de) zu melden.

Axel Gebhardt
Beisitzer im BAK-Vorstand

Wirtschaft und Finanzen

Arbeit an Konzepten und Wirtschaftskompetenz

Wir leben in einer wachstumsgetriebenen Welt, die ihre eigenen Grundlagen zerstört. Oft liefert die Wirtschaftstheorie Ausreden, um sich nicht ändern zu müssen. Dabei wäre eine Wirtschaftspolitik nötig, die der Verwaltung knapper Ressourcen dient. Die ÖDP steht für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Auch in einer nachhaltig ausgerichteten Wirtschaftsordnung kommt es jedoch darauf an, die Kreisläufe funktionsfähig zu halten. Das Problem der weltweiten Ungerechtigkeit liegt in der hohen Produktivität unserer Wirtschaft mit einem hohen Einsatz fossiler Energie. Das wollen wir mit dem Emissionshandel und der Ökologisch-Sozialen Steuerreform ändern.

Anfang November 2025 trafen sich Mitglieder unseres BAK in Würzburg und diskutierten über diesen Ansatz. Außerdem ging es um Währungspolitik, Emissionshandel, alternative Wirtschaftssysteme und die Weiterführung der Symposien „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“. Bei den turnusgemäßen Wahlen wurde Ulrich Brehme als BAK-Vorsitzender bestätigt. Unterstützt wird er u. a. von Prof. Dr. Herbert Einsiedler und Reinhard Becker.

Inhaltliche Schwerpunkte der Mitgliederversammlung bildeten die Themen Währungspolitik und Staatsverschuldung. Wir diskutierten über die „Modern Monetary Theory“ (MMT) und die Wirkung dieser Ideen auf den Euro. Die Vorstellungen hierzu gingen weit auseinander. Die MMT will mit Steuern die Geldmenge begrenzen. Kritik entzündete sich aber vor allem an der inflationären Wirkung der Staatsfinan-

zierung über Kredite. In einem Vollgeldsystem kann der Staat zinslos Geld in Umlauf bringen. Es sind auch Vollgeldsysteme mit einer Geldschöpfung der Geschäftsbanken möglich. Wir werden die Diskussion darüber fortsetzen.

Das Steuerkonzept der ÖDP möchten wir um neue Elemente ergänzen. Denn durch Erbschaften nehmen die Vermögensunterschiede in Deutschland immer weiter zu. Auch Betriebsvermögen von Unternehmen müssen stärker in die Finanzierung des Staates einbezogen werden.

Insgesamt möchten wir uns dafür einsetzen, dass das Wirtschaftsprogramm der ÖDP bekannter wird und inner- wie außerparteilich die Wirtschaftskompetenz zunimmt. Wer uns dabei unterstützen möchte, darf gerne Kontakt aufnehmen: bak.wf@oedp.de

Ulrich Brehme
BAK-Vorsitzender

Familie und Soziales

Mit neuem Schwung bei der Arbeit

Nachdem unser langjähriger engagierter BAK-Vorsitzender Dr. Johannes Resch sich altershalber zurückgenommen hatte, wurde im Sommer 2025 eine Mitgliederversammlung mit Wahlen durchgeführt.



Mit der neuen Vorsitzenden Ute Hermann, Stellvertreterin Irmi Staehler und Beisitzerin Christine Mehlo-Plath wird der Arbeitskreis nun seine Arbeit fortführen. Beim 65. ÖDP-Bundesparteitag in Bingen am Rhein konnten an einem Infostand aktuelle Themen angesprochen werden. Die Überarbeitung der familien- und sozialpolitischen Inhalte im Parteiprogramm und ein neuer Flyer als eine Möglichkeit der außenwirksamen Darstellung der ÖDP sind die ersten großen Schwerpunkte im BAK.

Mit „Soziales“ geht das Themenfeld weit über den Kernpunkt „Familie“ hinaus. Die Renten zum Beispiel sind aktuell ein zentrales Gesprächsthema in der Bevölkerung.

Im BAK bilden wir ein gutes Team mit unterschiedlichen Perspektiven und Fähigkeiten. ÖDP-Mitglieder mit ihrer Expertise zu den verschiedenen Aspekten des Themenfeldes sind in unserem Arbeitskreis herzlich willkommen.

Ute Hermann
BAK-Vorsitzende



Foto: ÖDP

Mehr ÖkologiePolitik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- € (per Post) bzw. für 10,- € (per E-Mail) im Jahr abonnieren. Alle Infos erhalten Sie unter:

→ www.oekologiepolitik.de/abonnement/



IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
1. April 2026

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei, Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de
Transparenz-Erklärung: oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Dr. Björn Benken, Ulrich Brehme, Günther Brendle-Behnsich, Matthias Dietrich, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Jens A. Geibel, Ute Hermann, Prof. Dr. Claus Jacob, Kirsten Elisabeth Jäkel, Helmut Kauer, Olaf Kipp, Claude Kohlen, Simone Lettenmayer, Thomas Löb, Urban Mangold, Manuela Ripa, Wolfgang Schaefer, Bernhard Suttner, Harald Vauk, Martin Weinmann, Ronja Zöls-Biber

Interviewpartner:

Christian Pettinger, Uwe Ritzer, Dr. Elsgo Schrade

Layout:

Grafikstudio Art und Weise, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



öd
aktiv!

Foto: Elske Schrade

Dr. Elske Schrade

Jahrgang 1967, arbeitet als Ärztin für Strahlentherapie und Radioonkologie im Klinikum Heidenheim. Seit 30 Jahren ist sie Mitglied der ÖDP – zunächst in Freising und seit 1999 im Kreisverband Heidenheim. Dort bekleidet sie das Amt der Kassenprüferin. Im Juni 2024 wurde sie für die ÖDP in den Heidenheimer Stadtrat gewählt.
elsge.schrade.gr@t-online.de

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Heidenheim

Am nordöstlichen Ende der Schwäbischen Alb liegt in einer Talweitung der Brenz, einem Nebenfluss der Donau, die Stadt Heidenheim. Seit Juni 2024 ist die ÖDP mit der Ärztin Dr. Elske Schrade im Gemeinderat dieses Mittelzentrums mit einem Sitz vertreten. ÖkologiePolitik hat sie zu ihrem Engagement interviewt.

ÖkologiePolitik: Wie viele Mandatsträger haben Sie als Kreisverband/Ortsverband derzeit? Und seit wann?

Dr. Elske Schrade: Ich bin seit 06/2024 einzige und erstmalige ÖDP-Stadträtin im Gemeinderat der Stadt Heidenheim. Im Kreistag des Landkreises Heidenheim war die ÖDP seit mehreren Legislaturperioden mit 1–2 Mitgliedern vertreten, aktuell mit einem.

Wie haben Sie das geschafft?

Die ÖDP hat im Landkreis Heidenheim in den beiden Gemeinden Dischingen und Gerstetten zwei aktive Ortsverbände. Dort sitzen je zwei Vertreter im Gemeinderat.

In Heidenheim selbst gab es bislang keinen Ortsverband. Bei den letzten Kommunalwahlen im Juni 2024 konnte die ÖDP erstmals eine eigene Kandidatenliste für den Gemeinderat der Stadt Heidenheim aufstellen und war zumindest mit einem Sitz (von 35) erfolgreich.

Was haben Sie in der aktuellen Legislaturperiode erreicht?

Ich bin in Fraktionsgemeinschaft mit den Grünen, gemeinsam haben wir 7 Sitze, gleichauf mit der SPD/Linke-Fraktion und in der Minderheit gegenüber CDU/FDP (9 Sitze) sowie den Freien Wählern (FW,

9 Sitze), dazu 2 AFD-Sitze und 1 DKP-Sitz. Unser Oberbürgermeister ist parteilos, aber SPD-nahe.

Wir haben gemeinsam mit der SPD und den FW die Umsetzung des Lärmaktionsplans beschlossen, der eine Tempo-30-Begrenzung auf den beiden durch die Innenstadt führenden Bundesstraßen und ihren Parallelstraßen beinhaltet. Die CDU hat zwar nochmals eine Verzögerung bewirkt, sie kann die Umsetzung aber nicht verhindern.

Wir haben beschlossen, die – vor allem wegen der Kanalisation notwendige – Sanierung der Innenstadt nach Hitzeschutzkriterien mit viel Grün und einem Schwammstadtkonzept in Angriff zu nehmen. Dazu wurde aktuell die Fußgängerzone teilweise um einen Straßenzug erweitert.

Schon in der vorherigen Legislaturperiode wurde ein Radwegkonzept erstellt, was aktuell schrittweise umgesetzt wird. Wir versuchen uns da weiter konstruktiv einzubringen.

Eine Freiflächen-PV-Anlage in einem städtischen Teilort, die aktuell im Bau ist, haben wir mit beschlossen.

Was ist unter einem Schwammstadtkonzept zu verstehen und inwiefern kann Heidenheim davon profitieren?

Durch vermehrte Pflanzung von Bäumen und Sträuchern auf wasseraufnehmendem, granulathaltigem Untergrund soll die Gefahr von Überschwemmungen nach Starkregen verringert werden. Außerdem hofft man, dass sich durch die Verdunstung aus dem Granulat und den Pflanzen die Luftqualität verbessert und dass für Abkühlung gesorgt wird. Der Heidenheimer Rathausplatz ist bislang großflächig gepflastert. Hier soll durch die Neugestaltung mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden.

Welche aktuellen Themen bewegen Sie und die Stadt außerdem?

Mir persönlich ist der geplante Stadionausbau des FCH [Fußballclub 1. FC Heidenheim, die Redaktion] auf dem Schlossberg ein großes Ärgernis. Dieses gigantomanische Vorhaben mit geplanten 23.000 Zuschauerplätzen (bisher 15.000 Plätze, bei einer Einwohnerzahl von 50.000!), zwei Parkhäusern, einer Fußgängerbrücke und Rodung von 3,5 Hektar Stadtwald war auch der Auslöser meiner Kandidatur für den Gemeinderat.

Können Sie sich als ÖDlerin da einbringen und profilieren?

Ich habe mit nahezu allen Beteiligten gesprochen, mehrere Einwendungen an Stadt, FCH, Regierungspräsidium etc. geschrieben. Es gab viele Alternativvorschläge, die kein Gehör fanden, eine Bürgerinitiative hat inzwischen aufgegeben. Leider wird allein ein Abstieg aus der ersten Liga vielleicht die Pläne noch stoppen können, bislang sieht es nicht danach aus.

Welche Themen werden vermutlich künftig wichtig sein?

Ich möchte mich für eine kommunale Energiewende der Stadt Heidenheim einsetzen. Die Stadt ist allerdings wie die meisten Kommunen klamm bei Kasse. Mehr Geld könne nur durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete generiert werden, sodass aktuell auch ein neues Gewerbegebiet im Süden der Stadt gebaut werden soll, trotz aller Warnungen vor weiterem Flächenfraß. Der Gemeinderat hat leider mehrheitlich dafür gestimmt.

Haben Sie vor, sich da zu profilieren?

Gemeinsam mit der Grünenfraktion haben wir angeregt, dass Bürgerbeteiligungsmodelle für Photovoltaik- oder Windkraftanlagen geschaffen werden, bislang jedoch ohne konkrete Projekte. Wir verfolgen auch die Umsetzung des Wärmeplans der Stadt und setzen uns für ein Nahwärmenetz für die Innenstadt ein.

Sauberes Wasser? Aber klar doch!

Wasser bewegt. Ohne sauberes Wasser können wir und unzählige andere Kreaturen nicht leben. Wenn es verschmutzt ist oder fehlt, leiden wir. Umgekehrt werden wir aber auch von zu viel Wasser bedroht. Am besten ist es daher, wir respektieren und schützen das Wasser als natürliches Gemeingut in seinen eingespielten Bahnen. Dafür treten wir als ÖDP ein. Und je mehr wir sind, desto mehr können wir bewegen. Machen Sie mit?

ödp

Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung. ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtstag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular: www.oedp.de/mitgliedschaft



Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 10,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 11,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 5,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Jede Spende zieht Kreise

ödp

... weil wir damit neue Mitglieder gewinnen können!

Ihre/Deine Spende stärkt die Mitgliederwerbung der ÖDP.

Empfänger:
Ökologisch-Demokratische Partei
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE47 3702 0500 0009 8152 01
BIC: BFSWDE33XXX
Zweck: Mitglieder gewinnen



Bitte vormerken!

15.03.2026 (So.)

Kommunalwahlen Hessen

www.oedp-hessen.de

22.03.2026 (So.)

Landtagswahl Rheinland-Pfalz

www.oedp-rlp.de

28.03.2026 (Sa.)

Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern in München

www.oedp-oberbayern.de

11./12.04.2026 (Sa./So.)

Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg in Gerlingen

www.oedp-bw.de

25./26.04.2026 (Sa./So.)

66. ÖDP-Bundesparteitag (online)

www.oedp.de

09.05.2026 (Sa.)

Landesmitgliederversammlung der ÖDP NRW in Bottrop

www.oedp-nrw.de

05.09.2026 (Sa.)

Landesparteitag der ÖDP Thüringen in Apfelstädt

www.oedp-thueringen.de

16.-18.10.2026 (Fr.-So.)

67. ÖDP-Bundesparteitag in Chemnitz

www.oedp.de

07.11.2026 (Sa.)

ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg

www.oedp.de

16.-18.10.2026 (Fr.-So.)

67. ÖDP-Bundesparteitag in Chemnitz

www.oedp.de

07.11.2026 (Sa.)

ÖDP-Bundeshauptausschuss

www.oedp.de

ÖkologiePolitik

Thema im Juni 2026:

Digitalisierung und KI

Online-Veranstaltung:
ÖkologiePolitik
im Dialog

Wir brauchen und verbrauchen es – wie
kann eine nachhaltige Nutzung aussehen?

Wasser

am **15.04.2026** um **19:00 Uhr**

Tauchen Sie tiefer in die Materie ein mit Bernhard Suttner,
Simone Lettenmayer, Thomas Löb, Uwe Ritzer
und Christian Pettinger aus der
aktuellen ÖkologiePolitik.

Aktuelle
Infos und
Teilnahme:



www.t1p.de/3t9wv

ÖkologiePolitik weiterempfehlen
und abonnieren! Gedruckt oder online.
www.oekologiepolitik.de



Werden Sie Mitglied!
www.oedp.de

